

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Oswald Hauser</i> Ist es noch modern, deutsch zu sein?	5
<i>Philipp Iwersen</i> Deutscher in Nordschleswig	12
<i>Jes Schmidt</i> Die Identität der deutschen Volksgruppe und ihre Integration in den dänischen Staat	18
<i>Paul Koopmann</i> Die Programmatik der deutschen Volksgruppe — historisch gesehen	23
<i>Rudolf Stehr</i> Vier Thesen zur Zielsetzung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig	2
<i>Ernst Beier / Peter Iver Johannsen</i> Identität und Integration als Aufgabe der deutschen Volksgruppe	8
<i>Johann Ohrtmann</i> Gewöhnlich erzählte er nicht viel	12

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. *Redaktion: Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40.* Geschäftsstelle Husum, Theodor-Storm-Straße 9.

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

IDENTITÄT / INTEGRATION

Die Kombination Schleswigsche Partei/Zentrumsdemokraten ist eine konsequente Weiterführung der Politik, welche die deutsche Minderheit in Nordschleswig seit 1945 geführt hat.

Die Schleswigsche Partei hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg als dänische Partei etabliert, und im Rahmen der „europäischen Entwicklung“, die seitdem stattgefunden hat, ist es ganz logisch, daß die Schleswigsche Partei als politischer Repräsentant für die deutsche Minderheit der Zusammenarbeit mit einer dänischen Partei zugestimmt hat.

Es ist selbstverständlich, daß eine Minderheit, sei es eine solche weltanschaulicher oder nationaler Art, versuchen muß, ihre Identität aufrecht zu erhalten. Eine der größten Aufgaben für eine Minderheit muß es sein, zu verhindern, daß sie zwischen den Mühlsteinen der Mehrheit zermahlen wird. Das trifft zu sowohl für die deutsche Minderheit in Nordschleswig als auch für die dänische Minderheit in Südschleswig.

Eine Minderheit muß ihre Struktur kennen und wissen, nach welcher Seite hin sie sich — in Übereinstimmung mit dieser Struktur — am besten orientiert. Die deutsche Minderheit hat die Zentrums-Demokraten vorgezogen. Sie hätte sich auch für die Radikale Venstre entscheiden können, denn die deutsche Minderheit hat eine Struktur, die in der Tendenz auf eine liberale Partei hin orientiert ist. Nach dieser Richtung hin hat die Minderheit einen Schwerpunkt entwickelt, und dem mußte man Rechnung tragen. Mit der Kandidatur von Jes Schmidt ist man am Ende einer Wanderung angelangt, die man 1945 eingeleitet hat: Die deutsche Minderheit ist in Dänemark in die dänische Gesellschaft integriert worden.

Und wie beurteilen Sie die entsprechende Lage für die dänische Minderheit in Südschleswig?

Zunächst muß man sich darüber klar sein, daß wir in Westdeutschland auf dem Wege in ein ganz anderes Niveau hinein sind, als wir es in der Kaiserzeit hatten: Damals war es zuzusagen eine Lebensauffassung, daß der Staat ein Staat der herrschenden Klassen war. Die vom Staat heute vertretene gesellschaftliche Wirklichkeit in Westdeutschland ist eine andere. Der Staat ist nicht mehr eine nationale Identität. Damit entfällt der zentralistische Druck des Staates auf die Minderheit, und ein staatliches Interesse an einem „volklichen“ Kampf ist nicht mehr vorhanden. Um es klarzumachen, was ich meine: Das Sozialistengesetz Bismarcks und die Köller-Periode waren kongruente Größenordnungen. Wenn das zunächst einmal festgestellt wird, besteht auf diesem Hintergrund eine vollkommene Offenheit für die dänische Minderheit in Südschleswig, das zu tun, was die deutsche Minderheit in Nordschleswig getan hat — allerdings auf Grund einer längeren Freiheitserfahrung. Nach welcher Richtung hin sich die dänische Minderheit orientieren wird, ist für mich eine vollkommen offene Frage.

JOACHIM STEFFEN in einem Gespräch mit „Flensburg Avis“, zitiert nach „Der Nordschleswiger“

Ist es noch modern, deutsch zu sein?

Mit der Frage „Ist es noch modern, deutsch zu sein?“ hatte sich Prof. Dr. Hauser für seinen Festvortrag zum Deutschen Tag 1973 einen zum Nachdenken provozierenden Titel gewählt, wie die Reaktion auf seine darin geäußerten Gedanken es vermuten läßt. Auch Wunsch besonders jüngerer Teilnehmer bringen wir nachstehend mit freundlicher Zustimmung des Vortragenden seine Ausführungen in ihrem vollen Wortlaut.

Die Red.

I

Wer heute in Deutschland den Versuch unternimmt, die Skala der Werte zu analysieren, die für das öffentliche Bewußtsein und insbesondere für die Jugend verbindlich oder auch nur Gegenstand der Diskussion sind, der kann nicht übersehen, daß darin Begriffe wie Deutschsein und nationale Identität nicht vorkommen. Die tiefgreifende Bewußtseinsänderung, die sich in den beiden letzten Jahrzehnten vollzogen hat, erstreckt sich in besonderem Maße auch auf den Bereich des Nationalen. Bei den Älteren herrscht Resignation nach der biologischen und machtpolitischen Übersteigerung und angesichts der Aussichtslosigkeit, die Spaltung der von alters her eng zusammengehörenden, unbestritten deutschen Gebiete zu überwinden, bei den Jüngeren, vorwärtsgerichtet, die Hoffnung, unter Zurücklassen alter, belastender Hypotheken eine neue, bessere Zukunft bauen zu können. Nicht Nation und schon gar nicht das Zwangsinstrument Staat — was die Engagierten heute bewegt, was ihre Diskussionen erfüllt, wofür sie bereit sind, Hindernisse mit allen Mitteln, selbst illegalen, zu beseitigen, das ist die neue, die freie Gesellschaft. Gesellschaft ist der in die Zukunft weisende Begriff, denn sie erscheint als Medium, in dem und durch das sich die alten Zauberworte, die in unserer Zeit neue, faszinierende Macht gewonnen haben, Freiheit und Fortschritt, weitmöglichst realisieren lassen. Ziel ist deshalb Gesellschaftsreform und Gesellschaftsveränderung, Und damit ist zugleich die Kategorie der Zukunft, in der ja diese neue Gesellschaft Wirklichkeit werden soll, beherrschend in unser Blickfeld getreten — eine geradezu kopernikanische Wende im Vergleich zu den vergangenen Jahrzehnten und zum 19. Jahrhundert, wo trotz rasanter Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik doch gerade die historischen Wissenschaften und mit ihnen die Vergangenheit neu entdeckt und zur Orientierung für lebensnotwendig gehalten wurden. Jetzt aber stehen im Vordergrund des Interesses fast ausschließlich die Fächer, die für die Zukunftsgestaltung für bedeutend gehalten werden: Soziologie, Psychologie, Anthropologie, Pädagogik, Politologie. Im übrigen aber wird ein scharfer Trennungsstrich gezogen zwischen sogenannten „gesellschaftsrelevanten“ und anderen Fächern, die mehr oder weniger bloß noch

persönliches Hobby des betreffenden Forschers darzustellen scheinen. Die Erkenntnis, daß vor schwierigen Problemen alle Fächer in besonderem Maße aufeinander angewiesen sind, scheint weithin verlorengegangen zu sein.

Fragt man nach den Zielvorstellungen für die neue Gesellschaft, so ergeben sich zwei Antworten:

Die erste, offenbar am stärksten artikuliert scheint Folge einer neuen starken Welle der Aufklärung in ihrer radikalsten Form von Freiheitsstreben zu sein. Sehr viel ungestümer als vor 200 Jahren richtet sie sich mit ungebrochenem Fortschrittsoptimismus und ihrem Ruf nach Freiheit von Bindung auf alle Bereiche des Lebens. Sie fordert Befreiung vom Zwang des Elternhauses, der Schule und Universität, von der Kirche, von den Hindernissen konventioneller Moral, von Kapital und Unternehmen, selbst in den Parteien verlangt die Basis Freiheit vom verkrusteten Establishment; selbstverständliche Forderung auch die Trennung von aller lästigen Bürde der Vergangenheit, von Tradition und Geschichte, von Staat und Nation. Dieses Verlangen ist indes weitgehend negativ gerichtet; denn eine Antwort darauf, was an die Stelle all dieser Antiquiertheiten treten soll, bleibt sie meistens schuldig. Hier liegt deshalb auch ihre eigentliche Schwäche, ihr utopischer Charakter.

Die zweite Zielvorstellung von der neuen Gesellschaft, die sozialistische, ist sehr viel konkreter. Sie erstrebt das zentralisierte, kollektivistische, egalitäre System von Einheit und Staat mit dem faszinierenden Fernziel der konfliktlosen klassenlosen Gesellschaft. Da sie nicht unseren Vorstellungen von einer freien Gesellschaft und der Verwirklichung der Individualität und mit ihrer Neigung zu Egalität und Uniformität auch nicht unserem Wunsch nach nationaler Vielfalt entspricht, wollen wir sie hier nicht weiter verfolgen. Trotzdem darf aber nicht übersehen werden, daß diese Antwort bei der Jugend auf ständig zunehmende Resonanz stößt, weil sie zur Zeit das einzige Programm darzustellen scheint, das eine klare Verheißung für die Zukunft gibt und damit das besonders der Jugend innewohnende Bedürfnis erfüllt, in einer bestimmten Rollenfunktion, besonders der des um der Gerechtigkeit willen Leidenden, im Rahmen einer Gruppe Verpflichtungen zu übernehmen und Hingabe zu zeigen. Sie ist deshalb eine ständige Herausforderung, diesem Leitbild ein anderes, den einzelnen anziehendes und verpflichtendes entgegenzustellen.

Auch im anderen Deutschland ist vom offiziellen Kurs eine Unterstützung des nationalen Gedankens nicht zu erwarten. Zwar ist dort bekanntlich das Bemühen stark, ein dezidiertes Staatsbewußtsein zu entwickeln. Gerade deshalb aber ist es für die DDR eine Existenzfrage, das Bewußtsein gemeinsamer Nationalität zwischen Ost- und Westdeutschland nicht bestehen zu lassen. Darum die Politik strikter Abschnürung und der Versuch, von der Staatsidee her ein neues, eigenes, sozialistisches Nationalgefühl zu wecken, das entscheidend mitbestimmt ist von

der Ideologie und deshalb nichts mehr gemein haben soll mit jenem alten, mit dem sich angeblich der bürgerliche Klassenfeind zur Erhaltung seiner Herrschaft umgeben hat. Nur auf der Basis dieses sozialistischen Nationsbewußtseins kann auch eine Wiedervereinigung in Frage kommen. Zwar besteht noch die gemeinsame Sprache, aber mehr und mehr wird deutlich, daß Sprache nicht die einzige, unbedingt notwendige Integrationskraft ist. Deshalb scheint sie für die Linientreuen mehr und mehr, wie man auf internationalen Kongressen beobachten kann, zu einer peinlichen Erinnerung an die frühere Gemeinsamkeit zu werden. Man kann gespannt sein, wie lange es noch dauern wird, bis auch die DDR, wie vor ihr die Niederlande oder, im skandinavischen Bereich, Norwegen gegenüber dem Dänischen, zur Betonung der Eigenstaatlichkeit auch eine besondere Schriftsprache entwickeln wird.

Wohin wir also in Deutschland schauen, nach West oder Ost — kein Zweifel, daß die Voraussetzungen zu einer Rückkehr zu bewußtem Nationalgefühl nicht günstig scheinen, daß Deutschsein nicht mehr „modern“ ist, wenn wir darunter die Wertschätzung seiner besonderen Art und den Einsatz für deren Pflege und Erhaltung verstehen. Auch die Sprache spiegelt diese Entwicklung wider: Schon sind die Begriffe „Volk“ und „Nation“ in unserem Vokabelschatz in eine absolute Randposition gedrängt; wer sie dennoch gebraucht, beweist schon damit, in welcher antiquierten Denkvorstellungen er sich noch bewegt. Selbst das Wort „Deutschland“ ist nach der faktischen Anerkennung zweier deutscher Staaten im Begriff, schon wegen der notwendigen Differenzierung, vor den nationalen Unterscheidungsbegriffen BRD und DDR in den Hintergrund zu treten.

II

In dieser problematischen Situation scheint es nun unerläßlich, sich aus der zeitlichen wie räumlichen Enge freizumachen. Sie verstellen uns in Deutschland oft den Blick für die Realitäten, sowohl wegen der Erfahrung der jüngsten Vergangenheit als auch in einer Neigung zu systematischem Rigorismus, der häufig zu extremen Folgerungen führt. Nur weite Perspektiven in Zeit und Raum können davor bewahren. Zutiefst sind wir überzeugt — und das möge man dem Historiker verzeihen —, daß der Rückgriff in den Erfahrungsschatz der Geschichte, daß aber auch die Erkenntnisse der Soziologie, zumal in historischer Perspektive, helfen, gefährliche Bewußtseinsverengung und unrealistische Illusionen zu vermeiden. Denn nur allzu oft hat man heute den Eindruck, daß viele der erörterten Probleme Vorstellungen und Fragen betreffen, die bereits lange vor uns hinreichend erörtert und Lösungen zugeführt worden sind, die aber entweder nicht gewußt oder in einer Beschränkung des geistigen Horizonts ignoriert werden. Für die Aufhellung eines so schwierigen Gegenstandes wie des komplexen Begriffs der Gesellschaft ist sicherlich eine Zusammenarbeit der verschiedenen

Forschungsgebiete unerlässlich.

Wenn heute der Überschwang des Freiheitsgenusses zu der Neigung führt, Bindungen und Pflichten auf ein Minimum zu reduzieren oder am liebsten ganz aufzuheben, so hat bereits die Aufklärung darauf eine Antwort gegeben. Trotz ebenfalls stark emanzipatorischer Tendenzen ist sie doch bald zu der nüchternen Erkenntnis gelangt, daß schrankenlose Freiheit zur Auflösung jeder Form und Ordnung, zu Anarchie und letztlich zum Rückfall in die Primitivstufe des Kampfes aller gegen alle führt. Um diesen menschenunwürdigen Kampf zu verhindern, hat John Locke, der Vater der modernen Demokratie, der Freiheit bewußt Grenzen gesetzt. Aus der Erfahrung der staatlichen Einheit Englands gewann er die Erkenntnis, die die moderne Soziologie in ihrer Mehrheit heute bestätigt, daß die Gliederung der menschlichen Gesellschaft in Gruppen offenbar eine Grundtatsache, ein Konstruktionsprinzip dieser Gesellschaft ist. Nun hat daneben freilich, als ewiger Traum der Menschheit, auch immer die Hoffnung auf eine einheitliche Menschheit ohne trennende Grenzen gestanden und von Thomas Morus bis zu Karl Marx in utopischen Vorstellungen vom Endzustand des Goldenen Zeitalters seinen Ausdruck gefunden. Solche Utopien sind als Impulse, die die Entwicklung zum Ziel der Humanisierung vorantreiben, ein wichtiges Element menschlichen Lebens. Aber dennoch können wir uns der auf jahrtausendealter Erfahrung beruhenden Überzeugung nicht verschließen, daß Gruppen und Großgruppen unerlässliche konstitutive Elemente der menschlichen Gesellschaft sind und immer bleiben werden. Eine solche Gliederung scheint aber nicht nur unvermeidlich, sondern zugleich ein Ausdruck für die Freiheit der Gestaltung und ebenso die unerlässliche Voraussetzung für Fülle und Reichtum von Kulturen zu sein. Auch hier gilt der Grundsatz, daß Uniformität und Konformität zur Sterilität führen, Pluralität und Differenzierung aber Reichtum bedeuten. So erscheint der Ruf nach einer neuen Gesellschaft der Freiheit ohne gleichzeitige persönliche Bindung an und in Gruppen als ein Widerspruch in sich. Kein menschenwürdiges Leben des Fortschritts ist jemals möglich ohne Gemeinschaften, zumal in unserer modernen, arbeitsteiligen Welt.

Gegen den Traum von einer Universalmonarchie haben sich viele der großen deutschen Denker, so weltbürgerlich sie auch sonst waren, mit Leidenschaft gewandt. So lehnt Kant sie in seiner Schrift „Vom ewigen Frieden“, wo er doch die Überwindung von Konflikten erstrebt, trotzdem als unrealistisch ab und ist überzeugt, daß die Natur eine solche Lösung nicht zulasse. Im Gegenteil: sie trenne die Menschen in Völker durch Mittel wie Sprache und Religion, um dadurch Uniformität zu vermeiden, Freiheit und Würde des Einzelmenschen zu sichern und die Mannigfaltigkeit als schöpferisches Prinzip zu erhalten. Daß Herder die Völker als viele Einzelstimmen ansah, durch die erst der Kosmos Reichtum gewänne, daß für ihn Verschiedenheit ein Grundprinzip des Schöpfers sei, ist bekannt.

Die Gruppe aber, in der allein Freiheit und Kultur gedeihen können, ist nur möglich, wenn sie mit einem System von Vorstellungen und Wertungen Integrationskraft entwickelt, der sich der einzelne unterwirft. Zu diesen Integrationskräften gehören, freilich neben anderen, auch heute noch die ethnischen Merkmale Sprache, Kultur, Geschichte, wie niemandem zweifelhaft sein kann, der sich auf der Welt umsieht. Zu dieser realistischen Erkenntnis hat das Grenzland einen wichtigen Beitrag geleistet, denn aus seiner schärferen Sicht in der Zone der Begegnung mit den Nachbarn hat es oft deutlicher als das Binnenland gesehen, daß auf eine Übersteigerung des Nationalismus keineswegs notwendig das Aufgeben jeden Nationalgefühls überhaupt folgen müsse. Die Verwurzelung in Volk und Nation kann so stark und unerschütterlich sein, daß sie, wie das Beispiel Polen oder, noch sehr viel eindrucksvoller, Israel zeigt, nach Jahrhunderten noch imstande ist, ein gemeinsames staatliches Leben einschließlich der Neubelebung einer totgeglaubten Sprache zu ermöglichen. Die Überzeugung von der Notwendigkeit auch der Nationen in unserer Zeit hat kein geringerer als Albert Einstein ausgesprochen:

„Die Nationalitäten wollen nicht vermischt sein, sondern ihren eigenen Weg gehen ... Wir Juden müssen wieder lernen, uns freudig zu unseren Vorfahren und zu unserer Geschichte zu bekennen, und wir müssen als Volk wieder Kulturaufgaben auf uns nehmen, die geeignet sind, unser Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Es genügt nicht, daß wir uns als Individuum an der kulturellen Entwicklung der Menschheit beteiligen; wir müssen auch solche Aufgaben in Angriff nehmen, die nur nationale Gesamtheiten zu lösen imstande sind.“

Es ist tröstlich, daß auch unsere eigene Staatsführung in ihrer offiziellen Aussage die Überzeugung von der fortdauernden Existenz von Volk und Nation klar ausspricht. Anlässlich der 100-Jahr-Feier der Reichsgründung hat am 18. Januar 1971 der Bundeskanzler, der als Vorsitzender einer Partei, die stets internationale Solidarität auf ihre Fahnen geschrieben hat, eines engen Nationalismus gewiß unverdächtig ist, folgende Worte gesprochen:

„Nicht erst unsere Generation muß sich mit der Frage auseinander setzen, was der Deutschen Vaterland sei und welche innere und äußere politische Gestalt es findet. Die deutsche Nation lebt. Es gab sie lange vor dem 18. Januar 1871. Es gibt sie auch heute, obwohl auf dem Boden des Bismarck-Reiches nun zwei Staaten existieren. Und sie wird weiterleben trotz aller Versuche, eine zweite deutsche Nation zu proklamieren.“

Und vor wenigen Wochen, bei seiner Antrittsrede vor den Vereinten Nationen, wiederholte er: „Mein Volk lebt in zwei Staaten und will doch nicht aufhören, eine Nation zu sein.“

Allen vorwärtseilenden utopischen Träumen und gegenteiligen Meinungen steht hier die realistische Erkenntnis gegenüber, daß die auf Sprache, Kultur,

Geschichte gegründete Vorstellung von Volk und Nation noch immer eine höchst verpflichtende Integrationskraft darstellt.

Trotzdem: In einer freiheitlich bestimmten, modernen Gesellschaft kann diese Nation heute nur noch bestehen in einem mächtigenden und schützenden Verband gleichgerichteter Partner, in einer auf Ausgleich zielenden Gemeinschaft. Drei Faktoren haben hinter ihr die übergreifende Struktur einer Großnation Europa immer deutlicher und wünschenswerter erscheinen lassen: die Gefahr der Übersteigerung des Nationalen, die Bedrohung seiner Freiheit durch Druck von außen, die Mannigfaltigkeit der Ausdrucksformen. Die integrierende Kraft der nationalen Verschiedenheit hat, lange bevor der Europagedanke so konkret wurde, das Grenzland wegweisend aufgezeigt. Schon im Jahre 1930 hat der Europäische Nationalitätenkongreß, ein Gremium nationaler Minderheiten, dem aus Nordschleswig viele Jahre hindurch der unvergessene Pastor Schmidt-Wodder angehörte, erklärt:

„Die Kultur Europas ist zutiefst eine Äußerung des geistigen Lebens der europäischen Völker als besonderer, für sich bestehender Gemeinschaften. Der Verschiedenheit dieser Gemeinschaften, ihrer wechselseitigen kulturellen Beeinflussung, dem Gegensatz und dem Ausgleich zwischen der Eigenart der Völker sowie zwischen der Eigenart des einzelnen Volkes und dem gemeinschaftlichen Kulturgut der europäischen Menschheit verdankt die Kultur Europas in erster Reihe ihren Reichtum und ihre stete Erneuerung.“

Diese Überzeugung ist auch nach dem Zusammenbruch von 1945 nicht verlorengegangen. In kühner Vision gab Pastor Schmidt seinem Lebensbericht 1951 den Titel „Von Wodder nach Kopenhagen, von Deutschland zu Europa“ und hinterließ als Vermächtnis seinen Glauben,

„daß nicht nur die Völker an unserer Nordgrenze, nein, Europas Völker insgesamt das Miteinander lernen müßten, um all das zu retten, was ihnen teuer war, Heimat, Volk und Europa und die seelischen und geistigen Kräfte, die in ihm lebendig waren.“

Als neue, stark integrierende Kraft kam in unseren Tagen das Einheitsbestreben wirtschaftlicher Kräfte hinzu. Welch weitergehende Wirkung von diesem zunächst so nüchtern scheinenden Bemühen ausgehen kann, hat schon 1825 der preußische Finanzminister von Motz, der geistige Vater des deutschen Zollvereins, erkannt:

„Wenn es staatswissenschaftliche Wahrheit ist, das Zölle nur die Folge politischer Trennung sind, so muß es auch Wahrheit sein, daß die Einigung dieser Staaten zu einem Handelsverband zugleich auch die Einigung zu ein und demselben politischen System mit sich bringt.“

*

Schöpferisches Prinzip menschlichen Lebens ist nicht eintönig-egalitäres Einerlei, sondern fruchtbare Differenzierung. Nicht ein amorphes Europa können wir deshalb erstreben, sondern eine lebendige Gemeinschaft, in der die alten Vaterländer als kräftige Elemente noch erkennbar sind. In ihren Rahmen gehört zur Vergrößerung dieser Vielfalt als Tatsache, ob modern oder nicht, auch das Deutschsein hinein. Wenn die freiheitliche menschliche Gesellschaft nur in freien und doch freiwillig sich bindenden Gemeinschaften vorstellbar ist, so gehören Nation und Europa noch immer zu ihren Fundamenten. Nur in ihnen und über sie ist Freiheit und Fortschritt zu entwickeln. Möchten alle, die heute so stark nach Gesellschaft rufen, das erkennen. Dort ist der Raum, in dem ihre weitgesteckten Ziele über alle Utopie hinaus konkrete Verwirklichung finden können. Dieses Leitbild in praktischer Bewährung immer erneut vorzustellen, ist stets Ziel und Inhalt des Grenzlandes gewesen. Es ist damit zum Wegbereiter Europas und damit zugleich mitgestaltende Kraft in der ewigen Dynamik der menschlichen Gesellschaft geworden.

Deutscher in Nordschleswig

Eine Stellungnahme zu dem Vortrage von Prof. Dr. Oswald Hauser auf dem Deutschen Tag 1973 in Tingleff

In Anbetracht der Tatsache, daß der Vortrag von Professor Hauser „Ist es noch modern, deutsch zu sein?“ aus Anlaß des Deutschen Tages 1973 in Tingleff vor den deutschen Nordschleswigern gehalten wurde, mag es angebracht sein, einen aus ihrem Kreise um eine Stellungnahme zu bitten. Ich bin dieser Aufforderung gerne nachgekommen, weil ich der festen Überzeugung bin, das alles, was zum Verständnis unserer Situation als deutsche Nordschleswiger beitragen kann, sich zum Vorteil für alle auswirkt — sowohl nördlich als auch südlich der deutsch-dänischen Grenze.

I

Mit der Frage „Ist es noch modern, deutsch zu sein?“ hatte sich Professor Hauser zweifellos ein Thema gestellt, das von besonderer Bedeutung für uns deutsche Nordschleswiger ist. Das wird einem erst so recht klar, wenn man bedenkt, daß wir ja die Möglichkeit der Wahl unserer nationalen bzw. volklichen Zugehörigkeit haben und genauso fragen könnten, ob es für uns nicht modern ist, dänisch zu sein. Schließlich und endlich kann ein deutscher Nordschleswiger derlei Fragestellungen ja auch aus dem Wege gehen, indem er einfach erklärt: „Ich bin ein Nordschleswiger.“

Wer in der deutschen Volksgruppe lebt und aktiv an dem Geschehen in ihr teilnimmt, wird die Aktualität des Themas nicht bestreiten, und viele Nordschleswiger warteten mit Spannung darauf, wie die Frage, ob es noch modern ist, deutsch zu sein, von Professor Hauser beantwortet werden würde.

Um meine Meinung gleich vorwegzunehmen: Die meisten Zuhörer auf dem Deutschen Tag werden unbefriedigt, wenn nicht gar enttäuscht nach Hause gegangen sein. Warum? Die Antwort fällt leicht: Viele werden ein fertiges und brauchbares Konzept für sich und ihr Deutschsein erhofft und geglaubt haben, daß es ihnen hier geboten würde, um damit auch ihre Kinder überzeugen zu können. Sie suchten und erhofften sich von Professor Hauser eine klare Aussage als Grundlage für ihr eigenes volkliches und nationales Selbstverständnis als Deutsche in Nordschleswig, als Deutsche in einer dänischen Umwelt. Diese Hoffnung erfüllte sich nach meiner Meinung nicht — im Gegenteil: Illusionen wurden uns genommen.

Wenn Professor Hauser recht hat, was ergibt sich dann daraus für uns Deutsche in Nordschleswig?

Versuchen wir einige seiner Gedanken auf unsere Verhältnisse zu übertragen.

Danach verhält es sich in bezug auf die deutsche Volksgruppe und ihre Jugend etwa, wie nachstehend skizziert:

Sieben Punkte zur Situation der Jugend der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig

1. Die Jugend will nicht gebunden sein.
2. die Jugend will nicht betont national sein.
3. Die Jugend will Tradition und Geschichte nicht als Motive ihres Handelns anerkennen.
4. Das Deutschland früherer Zeit gibt es nicht mehr.
5. Die BRD hat andere und wichtigere Grenzen und will uns nicht als das erkennen, was wir zu sein meinen.
6. Die DDR wollen wir nicht. Hier stimmt die Gesellschaftspolitik nicht zu unseren Vorstellungen einer Demokratie.
7. Dänemark hat uns als Volksgruppe den Stempel der Bedeutungslosigkeit auf gedrückt. Kein Haß, kein Neid, keine Angst — nichts.

Diese Aufzählung mag genügen, um unsere Situation zu charakterisieren und um zu verdeutlichen, daß sich hier ein Bewußtseinswandel vollziehen muß.

Die Maximen der älteren Generation für das Deutschsein in Nordschleswig haben für die Jugend der Volksgruppe keine Bedeutung mehr.

II

Im zweiten Teil seines Vortrages lehnte Professor Hauser eine freie, bindungslose Gesellschaft ab, weil sie, wie es nach seiner Auffassung die Geschichte beweist, einen destruktiven Charakter hat. Ich neige dazu, dem voll und ganz zuzustimmen. Die von ihm demgegenüber angeführten Beispiele zeigen, daß die Existenz einer gesellschaftlichen Gruppe durch die Betonung ihrer staatlichen Zugehörigkeit gesichert werden kann.

Das würde, auf uns übertragen, bedeuten, daß wir uns einem *deutschen* Staat (BRD) verbunden fühlen und dem *dänischen* Staat gegenüber abschirmen müssen. Der Bund deutscher Nordschleswiger (BdN) betont heute aber als sein Ziel gerade das Gegenteil. Es heißt dazu in seiner Satzung: „...öffnen und hineinstellen in das Leben im dänischen Staat ...“ Andererseits wird aber vorausgesetzt, daß dieses auf der Grundlage einer deutschen Gesinnung erfolgt. Man muß dies einfach als Voraussetzung a priori nehmen, denn es heißt immer *deutsche* Volksgruppe und „Bund *deutscher* Nordschleswiger“. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß in den vier Thesen zur Zielsetzung der deutschen Volksgruppe (s. d. Informationsmappe zum Deutschen Tag 1973) mit keinem Wort das Deutschsein erwähnt wird. Nur in der ersten These heißt es: „... Vertiefung der geistigen und kulturellen Verbindungen zum deutschen Volk ...“ Des weiteren zitierte Professor Hauser noch verschiedene Persönlichkeiten, die

alle ein Bekenntnis zur Staatlichkeit, zur Nation, zum Volk ablegen — also die gesellschaftliche Bindungslosigkeit ablehnen. So weit, so gut!

Damit wurden wir von Professor Hauser alleingelassen, und für die Zuhörer kam die Enttäuschung. Er gab uns keine Rezepte — und konnte es wohl auch nicht — , mit denen wir getrost in die Zukunft schauen können, nachdem wir die jüngste nationale Vergangenheit der Volksgruppe jetzt wohl so einigermaßen bewältigt haben. Was er uns gab, war der Hinweis,

- a) daß eine gesellschaftliche Gruppe sich nicht vollends von ihrer Tradition und Geschichte lösen soll und kann;
- b) daß eine gesellschaftliche Gruppe Integrationskraft besitzen muß, wenn sie bestehen will.

Wer mehr erwartete, hat eben zuviel erwartet, denn wie sollte Professor Hauser, zwar ein engagierter Deutscher, aber außerhalb der Volksgruppe stehend, uns sagen können, welche Integrationskräfte hier nötig sind. Sie sollen ja in uns selbst liegen. Wir werden uns hier also eigenständig bemühen müssen, und das fällt uns offensichtlich nicht leicht. Wir sind ja mit den vier Thesen zu unserer Zielsetzung ein Produkt der modernsten Minderheitenregelung Europas. Daß wir damit auf dem besten Wege sind, uns selber überflüssig zu machen, das ist uns entweder noch nicht aufgegangen oder es wird stillschweigend als Wunschdenken toleriert. Daß man von dänischer Seite diesen volklichen Reduzierungsprozeß gewollt hat, kann man verstehen. Ob man auf bundesdeutscher Seite es auch so sieht, das läßt sich von uns Nordschleswigern aus nicht eindeutig beurteilen, denn Denken und Handeln kann durchaus zweierlei sein. Tatsache ist, daß man von Regierungsseite in Bonn aus nichts unternimmt, was einer Ausweitung der Volksgruppenarbeit dienen könnte.

Entscheidend muß es darum für uns sein, was wir selber wollen!

Wollen wir uns tatsächlich so weit mit dem Dänentum identifizieren, daß wir völlig im dänischen Staat aufgehen, also bewußte dänische Staatsbürger werden? Ist das der Fall, dann müssen wir ruhig zusehen, wie der Zahn der Zeit seine Arbeit tut.

Wollen wir aber als Volksgruppe existent bleiben und eventuell gar expandieren, dann müssen wir uns wieder auf einige Werte und Vorstellungen besinnen, die soviel Integrationskraft besitzen, daß wir nicht in den Zustand der Bindungslosigkeit verfallen, das bedeutet in erster Linie, daß wir uns die Jugend erhalten müssen. Hieraus ergeben sich eine Reihe von Forderungen, die wir zu erfüllen versuchen müssen:

1. Die ältere Generation muß sich, nachdem sie nun wohl ihre eigene Vergangenheit bewältigt hat, wieder darauf besinnen, Vorbild für die Jugend zu sein, d. h. sich aktiv um die Jugend kümmern.

2. Da die Vereine zu den tragenden Stützen der Volksgruppe gehören, muß die Betreuung der Jugend einwandfrei sein. Dabei ist die aktive Mitarbeit der älteren Generation von größter Bedeutung (Vorbildwirkung, gemeinsame Erlebnisse u. ä.). Die Jugendvereine könnten dadurch auch mehr Breitenarbeit leisten, z. B. Trimm-dich-Sport, Familiensport.
3. Jugendliche ohne sportliche Ambitionen sind bisher ein Stiefkind in unserer Jugendarbeit gewesen. Wir stehen hier vor einer schier unlösbaren Aufgabe, wenn wir nicht bereit sind, eventuell auch untraditionelle Wege einzuschlagen. Von dänischer Seite wird hier ein ungemein attraktives Angebot der Jugendschule gemacht. Für uns entsteht damit das Problem, ob wir von uns aus Kurse anbieten oder diesen wichtigen Teil der Jugendarbeit dänischen Händen überlassen sollen. Persönlich neige ich dazu, auch hier von uns aus ein marktgerechtes Angebot zusammenzustellen.
4. Unsere Jugend muß, bevor sie die Schule verläßt, so viele Bindungen an die Volksgruppe bekommen haben, daß sie, wenn sie sich auch zeitweilig ihr entfremdet, doch wieder zu ihr zurückfindet. In der Forderung sind sich die meisten einig, nur der zu beschreitende Weg ist strittig: Auf der einen Seite vertreten die meisten Schulen gemäß der heutigen Pädagogik den Standpunkt, daß die Jugend nach kritischem Überdenken selber ihren gesellschaftlichen Standort finden muß. Auf der anderen Seite ist die Meinung die, daß die Minderheit hier mit anderem Maß gemessen werden muß, weil der Jugendliche in der Volksgruppe ja, im Gegensatz zu seinen reichsdänischen und bundesdeutschen Altersgenossen, die Wahl zwischen zwei Kulturen hat. Dabei ist die dänische Kultur von vornherein im Vorteil, weil sie in Nordschleswig die dominierende ist. Dies muß durch eine besonders gute Einführung in das Leben der Volksgruppe und in die deutsche Kultur wieder wettgemacht werden.
5. Wir müssen unserer Jugendbetreuung nach der Pflichtschulzeit eine hohe Priorität einräumen. Hierzu zähle ich neben der Freizeitgestaltung vor allem die Berufsberatung, die Sozialbetreuung und die Wirtschaftsberatung. Letztere liegt völlig brach, gute Ansätze sind in der Berufsberatung gemacht worden.
6. Wir müssen unser Verhältnis zum deutschen Volk, zur Bundesrepublik und vor allem zu Schleswig-Holstein neu überdenken. Ein Handballspieler sagte einmal: „Ich will lieber in Dänemark spielen und als Deutscher beschimpft werden, als in Schleswig-Holstein zu spielen und als Däne angeekelt zu werden.“

Vieles von dem, was einmal „Made in Germany“ war und von dort nach Nordschleswig ausstrahlte, ist heute verschwunden. Die Jugend singt nicht mehr die gemeinsamen Wanderlieder wie einst, und der persönliche Kontakt der älteren Generation über die Grenze hinweg ist auch nicht in der gleichen

Intensität auf die Jugend übertragen worden.

Wir leben heute in einer anonymen Unverbindlichkeit. Dennoch ließe sich vieles aus dem Deutschland von heute für uns nutzbar machen. Die Jugend der Volksgruppe muß viel intensiver mit dem modernen Leben in der Bundesrepublik in Berührung kommen. Eine Harzreise, eine Rheinfahrt oder ein Aufenthalt in Bad Kissingen genügen nicht.

Unsere Kinder müssen anders betreut werden, wenn wir ihnen etwas mitgeben sollen: Der Fußballjunge sollte sechs Wochen bei Bayern München zu Gast sein, der künftige Physiker sollte bei Phywe hospitieren, der Amateurmusiker zu James Last und der Lesewurm muß zu Heinrich Böll fahren usw. Das aktive Miterleben, die Vorbildwirkung, die Inspiration, das ist das, was wir brauchen. Die Urlaubsreise allein genügt nicht.

7. Der Reiz, deutscher Nordschleswiger zu sein, liegt nicht zuletzt darin, stets zwischen zwei Kulturen wählen zu können, aus beiden das Beste auszusuchen. Das Leben wird dadurch reicher. Wir sind dadurch auch in der Lage, unter Umständen Vermittler zu sein. Voraussetzung ist wieder, daß die Inspiration und das Angebot aus beiden Richtungen zu uns kommt. Das gilt auch für die materielle Unterstützung. Unsere kleinen Schulen sind nur dann attraktiv, wenn sie mindestens so gut ausgestattet sind wie die öffentlichen dänischen Schulen.

*

Schmerzlich getroffen fühlen wir uns immer dann, wenn irgendein deutscher Pressevertreter uns besucht und hier sehr freundlich tut, bis er nach Hause zurückkommt und, sich seiner europäischen Gesinnung erinnernd, dann feststellt, daß nationale Minderheiten heute für die Staaten ein Klotz am Bein sind. Das ist ein kapitaler Irrtum. Die Einigung Europas wird nicht vorangetrieben durch die Abschaffung der Minderheiten. Ob Brücke oder Pufferzone, das ist die Frage. Die Minderheiten leben in den Grenzgebieten, wo sich Sprache und Kultur zweier Staaten begegnen. Richtig verstanden, bieten die Minderheiten hier die Möglichkeit staatlicher nationaler Repräsentation. So verstehen wir deutschen Nordschleswiger uns in diesem Zusammenhang, und das kann nicht überflüssig sein, auch nicht für die Bundesrepublik.

Essentieller Bestandteil einer deutschen Minderheit könnte das Gefühl der Zugehörigkeit zum deutschen Volk sein. Dann wäre zu erwarten, daß sich BdN-Angehörige als betont deutsche Nordschleswiger empfinden, wenn sie sich schon nicht den Deutschen zurechnen. Die besondere historische Entwicklung Nordschleswigs als einer geschlossenen Region mit starkem landchaftstypischem Gepräge hat es jedoch mit sich gebracht, daß seine Bevölkerung von jeher regionalistisch eingestellt gewesen ist. Wenn das Selbstverständnis des BdN-Angehörigen denn auch stark in diese Richtung tendiert, so waren eindeutige Präferenzen in der Zuordnung jedoch kaum ermittelbar.

Kai Detlev Sievers im „Forschungsbericht zur Untersuchung des Selbstverständnisses des Bundes deutscher Nordschleswiger“. Aus: „Kieler Blätter zur Volkskunde“, 4/1972.

Die Identität der deutschen Volksgruppe und ihre Integration in den dänischen Staat

Ein Beitrag zur Grundsatzdebatte im Bund deutscher Nordschleswiger

Nachstehend bringen wir etwas gekürzt im Wortlaut den Vortrag des am 4. Dez. 1973 auf der Liste der Partei der Centrums-Demokraten gewählten Vertreters der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig im dänischen Folketing. Der Vortrag wurde gehalten als Einleitung zu der auf der traditionellen Jahrestagung des Bundes deutscher Nordschleswiger in der Akademie Sankelmark geführten Grundsatzdebatte um die Zielsetzung der deutschen Volksgruppe und ihre zukünftige Arbeit.

I

Meine Ausführungen verstehe ich als einen Beitrag zu der Grundsatzdebatte über die Zielsetzung der deutschen Volksgruppe und ihre zukünftige Arbeit. Ich halte diese Debatte für äußerst wichtig. Sie ist es vor allem deshalb, weil die Volksgruppe — aber auch das ganze Grenzland — noch nicht zu den Vorstellungen und Formen des Miteinander gefunden haben, die eine Folge der europäischen Zusammenarbeit so oder so sein werden. Die europäische Integration, um dieses unschöne Fremdwort zu gebrauchen, kann gar nicht ohne Auswirkungen auf das Grenzland, auf das deutsch-dänische Verhältnis im allgemeinen und auf unsere Stellung zum und im dänischen Staat bleiben.

Es ist verständlich, wenn diese Notwendigkeit zum Neudenken und zur Umstellung von vielen nicht nur als unbequem empfunden, sondern auch mehr oder weniger abgelehnt wird. Das gilt für viele deutsche Nordschleswiger, aber ebenso für manche unserer dänischen Landsleute. Am guten Alten festzuhalten, das ist nicht nur ein Goethe-Wort, es entspricht auch der konservativen Grundhaltung, die in jedem Menschen festzustellen ist.

Als wir in den Jahrzehnten nach 1920 eine neue Entscheidung wegen der Grenze forderten, als die Dänen ganz selbstverständlich von uns als Gegner betrachtet wurden, da wußten wir in der Regel, woran wir waren, wo wir standen — ebenso auch in der tragischen Zeit des Zweiten Weltkrieges und der schweren Zeit danach. Zwar waren und sind wir Nordschleswiger Individualisten und darum eigentlich zu keiner Zeit in allem einig. Aber das ist nicht das Entscheidende. Wichtiger ist es, daß man letzten Endes an einem gemeinsamen Strange zieht.

Heute ist vieles noch schwieriger als sonst, weil wir in den meisten Fällen nicht genau wissen, woran wir sind. Es ist vor einigen Jahren einmal von alten Zöpfen gesprochen worden, die wir abschneiden müßten. Das war damals eine durchaus richtige Einsicht. Heute ist die Schere überflüssig, denn die Zöpfe fallen von selbst

oder werden von der Jugend weggezerrt. Was einst wichtig und unerschütterlich erschien, erweist sich heute in manchen Fällen als gar nicht bedeutend, als durchaus entbehrlich und sogar als Belastung. Traditionen sind gut, man sollte sie schützen, aber nur diejenigen, die es wert sind, die noch einen Sinn haben und bei denen wir uns wohlfühlen.

Was wir brauchen, das ist ein neuer, fester Standort für unser Leben als Menschen allgemein und besonders als deutsche Menschen im Grenzland. Was wir brauchen, sind keine künstlichen Gedankengebäude, sind keine komplizierten Ideen, die schwer zu begreifen sind. Wir brauchen einige schlichte Wahrheiten und Vorstellungen, die unserem Leben als Deutsche in unserem Grenzland einen Sinn geben — einen Sinn, der zugleich eingefügt (integriert) ist in die große europäische Zusammenarbeit, die nicht mehr zu bremsen, wohl aber zu verwässern ist.

II

Die beiden mir gegebenen Stichworte „Identität“ und „Integration“ mag ich als Fremdworte nicht gern. Was sie für uns beinhalten, ließe sich auch anders formulieren: Wie bewahren wir deutschen Nordschleswiger unsere Eigenart und Eigenständigkeit bei voller und gleichberechtigter Mitarbeit in dem Staat, dessen Bürger wir sind. Anders gesagt: Wie können wir unser volkliches und kulturelles Eigenleben als Deutsche sichern und zugleich aktive Bürger des dänischen Staates sein?

Es braucht gar nicht gesagt zu werden, daß es zwischen den beiden Aufgaben Identität (der Volksgruppe) und Integration (in den Staat) Gegensätzliches und Widersprechendes gibt. Zweifel in die Möglichkeit, beides miteinander zu vereinen, gibt es bestimmt auch. Aber es handelt sich heute ja nicht nur um unsere eigene volkliche Einfügung in eine staatliche Gemeinschaft. Auf einer größeren Ebene ist dasselbe Problem gegeben. Die europäische Integration soll erfolgen bei Erhaltung der Identität der einzelnen Völker. Nicht wenige Dänen haben in den vergangenen Jahren die Furcht geäußert, Dänemark werde in einem von Deutschen und Franzosen beherrschten Europa untergehen.

Wir sollten die dänischen Sorgen um ihre nationale Identität in der Europäischen Gemeinschaft ernstnehmen, genauso ernst wie unsere eigenen Befürchtungen, die Volksgruppe werde bei einer Integration in den dänischen Staat von dänischer Umarmung erdrückt. Dennoch gibt es, so meine ich, für uns keinen anderen Ausweg, als auf der einen Seite aktive, gleichberechtigte Mitbürger im dänischen Staate und auf der anderen Seite eine eigenständige, lebendige deutsche Volksgruppe zu sein. Im Grunde genommen ist dies nur eine Bestätigung der alten BdN-These aus der Zeit nach dem deutschen Zusammenbruch 1945: „... die Zugehörigkeit zum deutschen Volk mit einem positiven Verhältnis zum dänischen

Staat zu verbinden.“

III

Weil das Thema Identität und Integration nicht ohne Beziehung ist zu unserer Mehrheitsentscheidung über die Teilnahme an der Folketingswahl mit einem Deutschen als Spitzenkandidaten auf der Liste der dänischen Partei der Centrums-Demokraten, seien zunächst einige Bemerkungen zu meiner Wahl und meiner Tätigkeit in Christiansborg (dem Sitz des Folketings in Kopenhagen) gemacht.

Was der Hauptvorstand des BdN vorschlug und die Delegiertenversammlung dann beschloß, die Annahme des Mandatsangebotes von Erhard Jacobsen, des Führers der Centrums-Demokraten, war ganz gewiß ein Abweichen von alten, traditionellen Pfaden. Es war auch ein Wagnis und zugleich ein mutiger Schritt. Ob er richtig war, darüber werden wir erst nach Jahren genau urteilen können. Aber schon heute steht fest: Es wurde mit der Wahl am 4. Dezember eine Mauer alter Vorstellungen durchbrochen. Man kann heute auf dänischer Seite auch einen deutschen Nordschleswiger als gleichberechtigten Bürger wählen. Das Tabu früherer Zeiten besteht zwar noch, aber es ist angeschlagen, und es zerbröckelt. Einer der namhaftesten bürgerlichen dänischen Politiker Nordschleswigs sagte zu mir: Zunächst waren wir, die ältere Generation, empört (forarget). Das gilt generell. Aber generell gilt auch, daß die junge dänische Generation nichts daran findet, daß die deutschen Nordschleswiger wieder im Folketing vertreten sind. Sie sagt, das ist doch nur eine natürliche Folge der guten Nachbarschaft, von der ihr immer geredet habt. Entsprechend ist die Art gewesen, in der ich in Christiansborg empfangen worden bin.

Was mich betrifft, bin ich nur einer unter 179 Abgeordneten. Ein Vorteil besteht für mich aber darin, daß ich im Gegensatz zu meinen deutschen Vorgängern die Möglichkeit habe, an der Ausschlußarbeit teilzunehmen, also dort zu sprechen, zu argumentieren und zu verhandeln, wo die praktische Arbeit getan wird.

IV

Meine Wahl ist ein Stück Integration der deutschen Volksgruppe in den dänischen Staat. Wir können nun — wie in den Genossenschaften, in den Kommunen und im Amtsrat — gleichberechtigt und nach unseren eigenen Fähigkeiten und eigenem Geschick dort mitarbeiten, wo die Dinge unserer Gesellschaft (Samfund) verwaltet, wo die entscheidenden Beschlüsse gefaßt und die Gesetze formuliert werden. Das ist die echte Eingliederung in den Staatsverband und Mitarbeit in ihm. In diesem Tatbestand erblicke ich einen der wichtigsten Vorgänge zum Ende des Jahres 1973 und zugleich eine Konsequenz unserer Politik, wie sie 1945 vom BdN formuliert und allen Erschütterungen zum Trotz folgerichtig beibehalten worden

ist. Damit sichern wir, daß wir deutschen Nordschleswiger Bürger gleichen Ranges, Bürger gleicher Pflichten und Rechte werden. Voraussetzung ist dabei allerdings, daß wir unsere Pflichten ernstnehmen und selbst bereit sind, uns für unsere Rechte einzusetzen.

Für uns muß gelten: Wir wollen nicht Stiefkinder der Gesellschaft, sondern gleichberechtigte Bürger sein. Wir dürfen nicht Gefahr laufen, zur Sekte zu werden, auch nicht zu einem Museumsstück, daß alljährlich am Deutschen Tag herausgeputzt, mit Reden bedacht und dann wieder an seinen alten Platz gestellt wird. Die Offenheit nach allen Seiten ist wichtig bei voller Wahrung unserer Eigenständigkeit, sprich: Identität.

V

Bei der Verfolgung des Zieles einer immer stärkeren Verankerung im eigenen Volkstum bei ehrlicher Bereitschaft zur guten Nachbarschaft mit anderen, also bei der Verfolgung wahrer europäischer Grenzlandpolitik fällt weder Dänemark noch Deutschland ein Stein aus der Krone. Im Gegenteil: eine konstruktiv zusammenarbeitende Grenzlandbevölkerung ist ein Vorteil für beide Länder. Sie ist für sie eine Ehre, aber auch eine Verpflichtung zu moralischer und materieller Unterstützung der sie im Grenzland vertretenden Volksgruppen. In Deutschland hat man nicht immer das rechte Verständnis dafür gehabt, daß man seinen eigenen Garten nicht vernachlässigen darf, vor allem dort nicht, wo er neben des Nachbarn Garten liegt. Überdies: die paar Millionchen, die der eine oder der andere Staat an den Minderheiten sparen könnte, retten das Vaterland nicht, auch nicht die Staatshaushalte. Sie können aber sehr wohl durch ihre Streichung Schaden anrichten, Schaden an der volklichen Substanz, die kaum wiedergutzumachen ist.

*

Identität und Integration sind auch aus weiterer Sicht keine direkten Widersprüche. Man kann sie als logische Konsequenz der fast fünfundzwanzigjährigen NATO-Zusammenarbeit, der Schaffung des gemeinsamen europäischen Marktes und der nicht aufzuhaltenden europäischen Integration sehen. Notwendig für eine gute Entwicklung ist die größtmögliche Freiheit und ein Höchstmaß an Liberalität in der Behandlung der volklichen Minderheiten. Wenn wir sagen können, wir seien als gute Deutsche gleichberechtigte dänische Staatsbürger, dann zeigen wir in der Praxis im Grenzland, wie vernünftige und sinnvolle Zusammenarbeit in europäischen Grenzlanden aussehen muß. Damit beschreiten wir zugleich neue Wege, die unserer sich verändernden Welt angepaßt sind.

Natürlich ist eine Minderheit politisch. Bisher hat die deutsche Volksgruppe das ungeschriebene Gesetz gehabt, sich aus dem Kopenhagener Parteienstreit herauszuhalten. Nun ist Jes Schmidt auf der Liste der Zentrumsdemokraten ins Folketing gewählt worden, und bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Parlaments wird er mit diesem ungeschriebenen Gesetz keine Schwierigkeiten bekommen. Ob es sich dabei um ein einmaliges Gastspiel handelt und welche Konsequenzen sich daraus langfristig für die Minderheit ergeben, wage ich nicht zu sagen, aber das Glückliche in der gegenwärtigen Situation ist doch, daß wir zehn Parteien im Folketing haben. — Er kann also nicht Zünglein an der Waage sein. Außerdem ist er Folketingsmitglied einer Partei, die politisch in der Mitte steht

Johan Philipsen, Arbeits- und Wohnungsbauminister. Aus: „Der Nordschleswiger“ vom 29.1.1974.

Die Programmatik der deutschen Volksgruppe — historisch gesehen

Bei der Frage nach der Identität, nach dem — heutigen — Selbstverständnis der deutschen Volksgruppe spielt zweifellos ihre Geschichte, ihr Werden und ihr Weg durch ein halbes Jahrhundert, eine bedeutsame Rolle. Wir haben darum Dr. Paul Koopmann, einen Kenner derselben aus eigenem Erleben, um eine knappe Darstellung der Programmatik der Volksgruppe seit ihrer Gründung gebeten.

Die Red.

I

Der Abstimmungstag des 10. Februar 1920 bescherte den nordschleswigschen Dänen die zu erwartende „Wiedervereinigung“ mit dem Mutterland. Für ihre deutschen Nachbarn bedeutete das Plebiszit die Eingliederung in einen Staatsverband, dem sie keine hochgestimmten Gefühle entgegenbringen konnten. Dazu waren die Abstimmungsbedingungen zu einseitig.

Nordschleswig war unbestritten und überwiegend dänisch. Problematisch war nur die Frage, welche Linie im Süden die Reichsgrenze bilden sollte. Selbstverständlich standen dabei auch deutsche Interessen auf dem Spiel. Deutschland wurde aber nicht konsultiert. Die Grenze wurde allein nach dänischen Zweckmäßigkeitserwägungen gezogen, wobei der Forderung nach dem reinen Nationalstaat, die eine Maxime der dänischen Staatsräson darstellt, ein hoher Wert beigemessen werden muß. Daß die endgültige Fixierung des Grenzverlaufes erhebliche Schwierigkeiten verursachte, so daß man sich auf dänischer Seite zutiefst zerstritt, spürte man schon 1920. Der Vater der Grenze, Hans Peter Hanssen,¹ hatte vor der Eingliederung Flensburgs zurückgezuckt, dafür aber das fast rein deutsche Tondern zur Abstimmungszone geschlagen. Das Ergebnis mit 75 431 dänischen, aber immerhin doch 25 419 deutschen Stimmen war erwartet worden; daß die deutschen Stimmen jedoch 25 % ausmachten, hatte überrascht. Nahe der neuen Grenze saß in den Landbezirken ein starkes deutschbewußtes Bauerntum. Das wußte man. Daß aber die Stadtbevölkerung vor allem in Apenrade und Sonderburg, so kräftig für Deutschland optiert hatte, war nicht erwartet worden, stand es doch nicht von vornherein fest, wie sich die Arbeiter entscheiden würden.

Der Abstimmungstag ist damit zugleich die Geburtsstunde der deutschen Minderheit. Die Volksgruppe war aber keine homogene Größe; sie lebte auch nicht in einem geschlossenen Gebiet; ihre Mitglieder waren über ganz Nordschleswig verstreut. Besonders stark war das Deutschtum im SW des Gebietes, vor allem um Tondern—Hoyer und südlich einer Linie Tondern—Lügumkloster—Rapstedt—

Tingleff—Gravenstein. Hier lebte die überwiegende Mehrheit der ländlichen deutschen Bevölkerung. Eine nahezu ebenso große Gruppe saß in den Städten Tondern, Apenrade, Hadersleben und Sonderburg. Daraus eine geschlossene Gruppe zu bilden, war ein schwieriges Unterfangen. Dänische Experten schätzten die Überlebenschancen der Minderheit daher nur sehr niedrig ein. Die Heimdeutschen, wie die Nordschleswigdeutschen von ihnen genannt wurden, würden wie „Tau vor der Sonne“ verschwinden, würden nach recht kurzer Zeit in der dänischen Gesellschaft aufgehen, weil sie sich aus Zugewanderten — vor allem in den Städten — und aus Deutschen dänischer Abstammung zusammensetzten, die sich der Kraft des dänischen Milieus auf die Dauer nicht entziehen könnten.

Der Auftakt war auch nicht verheißungsvoll. Bei der ersten Wahl zum dänischen Reichstag 1920 vermochte die Schleswigsche Partei nur 7505 Stimmen zu sammeln. „Es war kein Sieg ... Wir stehen erst am Anfang der nationalen Sammlung ... Der große Mangel an nationalem Empfinden bei den Sozialdemokraten ist der Punkt, den wir am meisten beklagen.“ So urteilte der führende Mann der Volksgruppe, Pastor Schmidt-Wodder.² Beim Einzug des dänischen Königs in Tondern am 12. Juli 1920 begrüßte ihn Pastor Schmidt in einem „Offenen Brief“ mit den Worten: „Wir hoffen auf den Tag, wo wir neu entscheiden werden über unser staatliches Geschick, frei von dem Zwang der en-bloc-Abstimmung, frei vom Zwang des Friedensvertrages.“ Das war programmatisch. Damit war aber auch die Richtung klar aufgezeigt: Schmidt-Wodder hoffte auf ein wiedererstarkendes Deutsches Reich. Diese Forderung erhob er vor der Gründung der politischen Organisation.

II

Der führende Mann der Minderheit war daher unbestritten Schmidt-Wodder. Er prägte die Arbeit und gab der politischen Organisation schon durch den Namen „Schleswigscher Wählerverein“ ein Programm. In Tingleff wurden die Satzungen, von ihm vorbereitet, am 20. Juli 1920 beraten:

1. *Die Grenze muß revidiert werden.*
2. *Wir verlangen Selbstverwaltung auf dem Gebiet von Kirche und Schule.*
3. *Wir beabsichtigen keine Einmischung in die innerdänischen Verhältnisse.*
4. *Unser Programm braucht einen starken sozialen Einschlag.*
5. *Wir wünschen an der vom Staat eingeleiteten Siedlungspolitik teilzunehmen.*
6. *Wir dürfen die Sozialdemokraten, wenn auch keiner von ihnen anwesend ist, nicht fallenlassen. Wenn sie sich auch von uns politisch getrennt haben, gehen sie vielleicht auf dem Gebiet der Schule und der Kirche mit uns. Wir dürfen die gemeinsame Arbeit in der Abstimmungszeit nicht vergessen.*

Am 18. August 1920 wurde das Programm in den deutschen Zeitungen

veröffentlicht. Im § 2 heißt es, daß der Schleswigsche Wählerverein nicht anerkennen kann, daß dem Selbstbestimmungsrecht bei der Festsetzung von Dänemarks Südgrenze Genüge geschehen sei und daß er Revision fordere.

Im Laufe der Jahre ist diese Revisionsforderung mit verschiedener Schärfe vertreten worden. Schmidt-Wodder sprach selber von der „neuen Entscheidung“, um freie Hand zu haben. Es ist richtig, wenn gesagt worden ist, daß er damit dokumentieren wollte, daß eine Königsaugrenze — es gab eine kleine Gruppe von Königsaulen — undiskutabel sei, daß aber im Süden an der Grenze ein Deutschtum lebt, das zahlenmäßig die Mehrheit gehabt habe oder sie wieder gewinnen könne. Er hat daher die „neue Entscheidung“ nicht eng gefaßt. In einer Auseinandersetzung mit Frede Nielsen,³ dem sozialdemokratischen Grenzlandexperten und Vater der „Kulturoffensive“ in Südschleswig von 1947, erklärte er Ende der vierziger Jahre:

„Wir erstrebten eine Entscheidung, die geeignet ist, das deutsch-dänische Verhältnis zu entspannen. Auch das stand in unserm Programm. Die Entscheidung, die getroffen war, war von den Alliierten Deutschland aufgezwungen. Wir wünschten eine neue Entscheidung durch direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Dänemark ... Für mich war dieses Ziel einer Bereinigung des deutsch-dänischen Verhältnisses so maßgebend und beherrschend, daß ich es in einem meiner vielen Schreiben an das deutsche Auswärtige Amt vertreten habe, aber nur, wenn erreicht würde, daß die beiden Grenzvölker und deren staatliche Vertretungen zu einer Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet bereit wären und die Rechte der Volksgruppen auf beiden Seiten der Grenze geordnet würden.“

Die Revisionsforderung war die Klammer, die das Deutschtum zusammenhielt. Ihr dienten auch die andern Ziele des Wählervereins, die in der kulturpolitischen Forderung nach Autonomie in Kirche und Schule gipfelten (§ 4). In späteren Debatten hierüber ist ganz deutlich Schmidt-Wodders starkes Engagement an den europäischen Minderheitenfragen, an denen er sich führend beteiligte, zu spüren. Aber es waren weniger diese weitreichenden Ideen, die zum Ziele führten, als unermüdliche Kleinarbeit in den Auseinandersetzungen mit den lokalen Behörden, der Presse und dem Unterrichtsministerium.

Dänemark hatte 1920/21 eine sehr liberale Schulgesetzgebung erlassen. Sie sah in allen Städten und auf dem Lande dort, wo ein starkes Deutschtum vorhanden war, kommunale Schulen vor. Doch die Liberalität war nicht größer, als daß man meinte, an den Stadtschulen, mit Ausnahme von Tondern, dänischgesinnte Direktoren einsetzen zu können, da man ganz offensichtlich damit rechnete, daß diese Schulen Übergangsschulen in die dänische Gesellschaft sein würden; es sei daher zweckmäßig, an den großen Schulsystemen beizeiten die Weichen zu stellen. Höhere Schulen hatte man gar nicht erst vorgesehen. So stellte sich der

Volksgruppe die Aufgabe, sich zunächst den gegebenen Verhältnissen anzupassen, um dann zu versuchen, eigene kulturpolitische Ziele durchzusetzen. Jeden deutschen Schüler zu erreichen und aus den vorhandenen deutschsprachigen Schulen bewußte Volkstumsschulen zu machen, war das Ziel, das sich der Vorsitzende des Deutschen Schulvereins, Rektor W. Koopmann,⁴ setzte.

Im Laufe der zwanziger Jahre erkannte man auch dänischerseits, daß die Deutschen nicht einfach aufzusaugen waren. Den eindringlichsten Beweis dafür lieferte die deutsche Schulpolitik. Wo die gesetzliche Grundlage eine öffentliche Schulgründung nicht erlaubte, nutzte man das Freischulgesetz vom 2. Mai 1855 aus: Man schuf Privatschulen. Das deutsche Selbstbewußtsein stieg, Kopenhagen gab langsam, wenn auch sehr zögernd, seinen Widerstand gegen die Gewährung von Examensrechten auf. Interessant war das sog. Hering-Abkommen, das man mit der Sozialdemokratie 1928 vereinbarte. Es ermöglichte den später vollzogenen Durchbruch zu einer weitgehenden kulturellen Selbstverwaltung und umfaßte damals Fragen der Schulkommissionen, der Durchlässigkeit der Schulbezirke und schuf die Voraussetzung für die Errichtung eines deutschen Gymnasiums. Anders als die bürgerlichen Parteien hatten die Sozialdemokraten ein offeneres Ohr für die Wünsche der Minderheit, gab es doch in den Städten immer noch eine starke deutsche Arbeiterschaft. Und die Gegenleistung? Man versprach, die Wahl eines deutschen Sozialdemokraten in das Landsting (2. Kammer) durch die deutschen Wahlmänner zu unterstützen. Zusammenfassend kann für die Zeit von 1920 bis 1933 gesagt werden, daß sich eine deutsche Volksgruppe mit einer revisionistischen Zielsetzung bildete. Sie war nicht eigentlich irredentistisch, da sie keine geschlossene Siedlungsgemeinschaft darstellte und darum nicht als solche eine Gefahr für die Integrität des Staates bedeutete. Ihre Forderung nach einer „neuen Entscheidung“ beruhte auf dem Selbstbestimmungsrecht, war also demokratisch und legal.

III

Es war ungeschriebenes Gesetz gewesen, daß sich die reichsdeutschen Parteien und Verbände nicht in die Verhältnisse der Minderheiten einmischten. Das Stauning-Wels-Abkommen von 1923⁵ hatte für die sozialdemokratischen Parteien eine Klärung herbeigeführt. Nicht allein die Grenzziehung wurde akzeptiert, auch eine institutionelle Abgrenzung der beiden Parteien erfolgte durch die Grenze. Die deutschen Sozialdemokraten Nordschleswigs wurden an die dänischen Organisationen verwiesen und fanden hier zum überwiegenden Teil ihre politische Heimat. Pastor Schmidts Sorgen von 1920 waren absolut berechtigt. Fraglich ist nur, ob von seiten der Volksgruppe in dieser Hinsicht genug getan worden ist. Ihre Kinder schickten die deutschen Arbeiter jedoch in die Minderheitenschulen. Das

ist der Hintergrund, auf dem das Herning-Abkommen zu sehen und zu beurteilen ist. Das deutsche Gymnasium erhielt 1933 das Examensrecht, zu einem Zeitpunkt also, als sich die Situation grundsätzlich änderte. Hitler kam an die Macht. Die nationalsozialistische Partei griff sofort über die Grenze und eine „Gleichschaltung“ der Volksgruppenführung ungestüm gefordert. Schmidt-Wodder wurde auf die Wahrung der Minderheiteninteressen im dänischen Reichstag abgedrängt. Eine beispiellose Verwirrung und Zersplitterung war die Folge. Zahlreiche Deutsche standen nunmehr abseits und verblieben isoliert. Heftig befehdeten sich die verschiedenen Parteigruppen. Erst ab 1936 behielt die NSDAP Nordschleswig⁶ unter dem Tierarzt Jens Möller⁷ die Oberhand, ohne sich allerdings überall durchsetzen zu können. Dr. Möller erhielt die Anerkennung vom Süden. Das bedeutete eine verhängnisvolle Abhängigkeit. Sie führte zu einer erheblichen Verhärtung der Fronten; nicht allein die Dänen mobilisierten eine effektive Gegenwehr in „Det unge Grænseværn“⁸ (Die junge Grenzwehr) und in der „Danske Samfund“⁹ (Dänische Gemeinschaft), auch die deutschen Sozialdemokraten zogen Konsequenzen,¹⁰ die nicht mehr rückgängig zu machen waren. Sie brachen z. T. mit dem Deutschtum und ließen sich von der dänischen Sozialdemokratie und dem dänischen Milieu völlig integrieren.

Das politische Klima verschlechterte sich. Die Lage wurde gespannt; jeder im Grenzland verspürte das. Dabei hatte sich die Zielsetzung der Volksgruppe nicht geändert. Die „neue Entscheidung“ blieb nach wie vor die Leitlinie auch für die Partei. Aber das neue Deutschland erstarkte, und somit schien sich die Grundvoraussetzung für Schmidt-Wodders Revisionspolitik zu erfüllen. Doch es war zu befürchten, daß sich die Revisionsforderung nicht mehr im Geiste der Demokratie verstehen sollte. Langsam, aber unaufhaltsam verwandelten sich die Konturen der Politik des Schleswigschen Wählervereins¹¹ in eine „Heim-ins-Reich-Politik“ der NS-Partei.

Kopenhagen freilich wußte, daß Hitler die Nordgrenze nicht antasten wollte. Die dänische Regierung handelte darum klug, als sie auf Grund europäischer Erfahrungen der deutschen Minderheit im Frühjahr 1939 fast die volle Kulturautonomie gewährte. Die Volksgruppe erhielt einen eigenen Schulkonsulenten, eigene Elternräte und so die Möglichkeit, die deutschsprachigen Schulabteilungen des kommunalen Schulwesens in deutsche Volkstumsschulen¹² zu verwandeln. Im zähen Ringen war die Minderheit ans Ziel ihrer Wünsche gekommen, ein vollentwickeltes Schulwesen vom Kindergarten bis zum Gymnasium aufzubauen. Ein wesentlicher Programmpunkt des Jahres 1920 war somit erfüllt. Aber in dem Augenblick, als der Durchbruch zur Kulturautonomie durch die Annahme des Schulgesetzes vom 9. März 1939 gelang, erlitt die Partei durch das Ergebnis der Folketingswahl vom 3. April eine Niederlage, die sich als ein politisches Cannae auswirken sollte. Mit demagogischen Parolen war man in

die Wahlschlacht gezogen, erwartete, ein zweites Mandat zu erringen, um mit diesem Erfolg die Revisionsforderung zu untermauern. Die deutsche Stimmenzahl erreichte mit 15 016 ihren absoluten Höhepunkt; aber ein Mandatserfolg blieb der Partei versagt. Die Dänen hatten die Wahl als ein zweites Plebiszit proklamiert und durch eine Wahlbeteiligung von 92,4 % eine Rekordhöhe erzielt. Der deutsche Ansturm wurde glatt abgewiesen. Die deutschen Sozialdemokraten hatten sich nicht wie 1920 für die deutsche Liste entschieden. Auch in deutschen Kreisen hat man das Wahlergebnis als eine politische Niederlage gewertet; man wußte, daß man mit demokratischen Mitteln das Selbstbestimmungsrecht für sich nicht mehr aktivieren konnte. Das zeigte sich besonders nach der Besetzung Dänemarks, als die „Heim-ins-Reich“-Sehnsucht neuen Höhepunkten zueilte. Allgemein erwartete man für den 15. oder den 28. Juni 1940, daß etwas geschehen sollte. Und es geschah nichts! Berlin hatte die Grenze kategorisch für tabu erklärt.

Die Aprilwahl hatte noch eine weitere Konsequenz gehabt. Schmidt-Wodder war zurückgetreten. Dr. Möller konnte aber im Folketing keine neue Politik verkünden. Berlin wünschte das nicht. So sah er sich als Gefangener seiner eigenen Politik. Darum gipfelte die „Heim-ins-Reich“-Politik faktisch im Wahlslogan von 1939. Es hat nach dem Kriege auch kein Aktenstück gegeben, das für eine Hochverratsanklage ausreichte. Mehr als Wünsche haben hinter diesem Denken nicht gestanden.

Im Rückblick darf festgestellt werden, daß Deutschland an der Grenze nie gerüttelt hat. Der dänischen Regierung kann bescheinigt werden, daß sie sich sehr klug verhielt. Sie gab keinen Anlaß zu Konflikten, erteilte volle kulturelle Freiheiten, ohne sich selbst etwas zu vergeben. Ob sie dann in der sog. Zusammenarbeitspolitik der Kriegsjahre¹³ zu weit gegangen ist, hängt vom Standpunkt des Betrachters ab. Für die Volksgruppenführung aber mußte die Verflechtung mit der nationalsozialistischen Ideologie ausschlaggebend sein. Sie wurde durch die Kapitulation ebenso wie das Deutsche Reich in den Abgrund hineingezogen.

IV

Man hat behauptet, die Loyalitätserklärung vom 2. 11. 1945 sei unter dem Druck der Kapitulation entstanden. Das beeinträchtigt ihren Wert. Tatsache ist, daß die Männer des „Hadersiebener Kreises“¹⁴ schon am 11. November 1943 den ersten Entwurf machten. Er stammt aus der Feder Pastor Prahls.¹⁵ Diese Männer haben nach dem Volksaufstand vom 29. August 1943 den endgültigen Bruch mit Dänemark klar erkannt. Ein Neubeginn müsse gemacht werden, wenn die Volksgruppe die sich abzeichnende Katastrophe überleben wolle. Für sie als Abseitsstehende und Gegner der Partei war es eine grundstürzende Einsicht, sich unaufgefordert zur Loyalität gegenüber Dänemark zu verpflichten. Der

Entwicklung seit 1920 trugen sie damit Rechnung, indem sie erkannten, daß Dänemark durch seine Minderheitenordnung und seine strukturellen Fördermaßnahmen dem Ruf nach einer Grenzrevision jeglichen Boden entzogen hatte. Aus dem „deutschen“ Tondern von 1920 war ein „dänisches“ Tondern geworden. Wenn also von einem Druck gesprochen werden soll, dann ist es der Druck der heimatlichen Entwicklung. Das erkannt zu haben, ist die besondere Leistung des „Hadersiebener Kreises“.

Die Volksgruppe hat heute der Weitsicht jener Männer zu danken, die die Abkehr von der bisherigen Linie vollzogen haben, weil ihre Analyse der tatsächlichen Lage die richtige war. Das letzte Aufbäumen gegen diese Entwicklung war die Aprilwahl von 1939 gewesen, als der Einbruch in die Reihen der „Blakkeden“¹⁷ mißlang. Damals endete nicht nur die „Heim-ins-Reich“-Politik, sondern auch Schmidt-Wodders Ruf nach einer „neuen Entscheidung“ verlor an Glaubwürdigkeit.

An den letzten Beratungen über den neuen Kurs, das neue Programm, hat auch Pastor Schmidt im Herbst 1945 teilgenommen. Er wünschte ein deutsches Bekenntnis an die Spitze einer Loyalitätserklärung zu stellen, vermied es aber, sich zur Grenzfrage zu äußern. Das ist bezeichnend und beweist, wie konsequent Schmidt-Wodder seine Linie durchhielt.

Der neue Kurs war nichts weniger als eine Neubegründung der Existenz des deutschen Volksteils in Dänemark. „Als deutsche Nordschleswiger bekennen wir uns zu unbedingter Loyalität dem dänischen König, dem dänischen Staat und der jetzigen Grenze gegenüber und erstreben einen ehrlichen Frieden in unserer Heimat“, so heißt es in der am 22. November 1945 beschlossenen Loyalitätserklärung klar und deutlich. Daran schließt sich das Bekenntnis zur Demokratie.

Erst im dritten Punkte folgte das deutsche Bekenntnis: „Wir halten fest an der sittlichen Hoheit und Kraft der auf dem Boden des Christentums gewachsenen Kultur.“ Diese Proklamation war gleichzeitig mit der Gründungserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger verbunden. Sie lautete: „Nordschleswiger! Welche politische Vergangenheit Ihr auch immer gehabt habt, wir fordern alle, die auf dieser Grundlage an einem neuen deutschen Leben in unserer Heimat mitbauen wollen, auf: Tretet ein in den Bund deutscher Nordschleswiger!“ Bewußt verzichtete man damit auf eine interne Entnazifizierung; man war tolerant und bewies eine Haltung, die sich insgesamt auszahlte. Eine Volksgruppe ist als Minderheit außerordentlich schwer zu fassen und zu bestimmen. Ihre Grundlage ist die Freiwilligkeit. Darum war die Frage einer eigenen Rechtsabrechnung neben der dänischen überhaupt nicht relevant.

Es war tatsächlich ein völliger Neubeginn für die Volksgruppe notwendig. Auf allen Gebieten mußten die Organisationen neu gegründet werden. „Den Männern der ersten Stunde“ verdient hierfür Anerkennung. Vor allem aber auch den Frauen. Es

war damals sehr schwer, sich überhaupt als Deutscher zu bekennen. Die Rechtsabrechnung¹⁸ traf die Minderheit hart. Erst Gesetze mit rückwirkender Kraft ermöglichten es, den Angehörigen der Minderheit Illoyalität und Illegalität nachzuweisen. Allein aus diesem Grunde ist der prekäre Charakter dieser Rechtsprechung offensichtlich. Andererseits soll offen zugegeben werden, daß viele Nordschleswiger die Verbundenheit mit dem deutschen Volke über ihre dänische Verpflichtung stellten. Diese einseitige Haltung war unter dem Einfluß des Nationalsozialismus gefördert worden. Die dänische Zusammenarbeitspolitik mit Berlin machte es dem deutschen Nordschleswiger bis zum 29. August 1943 auch nicht leichter. So hat man 1945 wohl gewußt, daß man die Folgen der Kapitulation auf sich nehmen mußte. Der deutsche Nordschleswiger hat sie zu tragen verstanden und hat ohne inneren Bruch den Weg in den Alltag zurückgefunden. Daher gibt es heute eine bereinigte Atmosphäre zwischen den deutschen Nordschleswigern und seinen dänischen Nachbarn. Man begegnet sich ganz offen. In jeder Hinsicht ist man sich menschlich nähergekommen. Dazu haben selbstredend die Minderheitenerklärungen von 1955 auch beigetragen, sogar erheblich; es darf aber klar gesagt werden: Bewirkt haben sie den Klimawechsel im Grenzland Nordschleswig nicht. Der ist dadurch zu erklären, daß man miteinander abgerechnet hat, nämlich in dem Sinne, daß man auf lokaler Ebene den Weg zueinander fand. Die dänische Mehrheit hat erkannt und anerkannt, daß sich die Minderheit nicht isolierte, sondern auf allen Gebieten des Gesellschaftslebens mitwirkt. Sie ist heute respektiert.

V

Eine Kehrtwendung in der Politik kann nur weitreichende Folgen haben. Die starken Belastungen durch zwei verlorene Kriege, dazu noch eine schwer zu verkraftende Diskreminierung¹⁹ haben an der Substanz der Volksgruppe stark gezehrt. Dennoch hat man mit Recht von der „Insel der Treue“²⁰ gesprochen, als viele in Deutschland kaum wußten, ob man noch deutsch sein wollte. Das darf wohl von einem vor der Grenze Lebenden einmal deutlich gesagt werden. Der Däne hat auch nur dem seinen Respekt gezollt, der seine Identität auch in volklicher Hinsicht zu behaupten wußte.

Daß der Volksgruppe sehr viele minderheitliche Rechte nach 1945 aberkannt wurden, z. B. das Recht auf weiterführende Schulen, Examenschulen, überhaupt auf alles, was nach Kulturautonomie aussah, mag unter dem Eindruck der Besatzungszeit zunächst begreiflich sein, zumal man nach 1945 nichts mehr von Sonderrechten wissen will. Es ist nur fraglich, ob nicht jeder Minderheit von der Mehrheit Sonderrechte zugebilligt werden müssen, wenn die Mehrheit nicht die Minderheit aufsaugen will. Dafür entwickeln die Angehörigen einer solchen Gruppe ein feines Gespür. Daher war es dringend erforderlich, daß sich die

Minderheit ihre vollen staatsbürgerlichen Rechte im „Kopenhagener Protokoll“ von 1949²¹ ausdrücklich bestätigen ließ. Diese Verhandlung ist darüber hinaus auch deswegen bedeutungsvoll, als die Minderheit politisch zum ersten Male in ausdrückliche Relation zur dänischen Minderheit in Südschleswig trat. Das für Minderheiten grundlegende Prinzip der Gegenseitigkeit wurde hier voll wirksam. Eine entscheidende Klimaverbesserung wurde erreicht. Man hat es daher als wohltuend empfunden, daß danach in verhältnismäßig kurzer Zeit ein vollausgebautes Schulwesen aufgebaut werden konnte, wenn auch in einem bescheidenen Rahmen als vor 1945.

Auch in das Folketing konnte nach der Verfassungsreform von 1953²² abermals ein deutscher Vertreter entsandt werden. Hans Schmidt-Oxbülls²³ Mandat ging 1964 allerdings verloren, weil die Volksgruppe mit dem Bevölkerungszuwachs nicht Schritt halten konnte, ein Problem, das jeder Minderheit schwer zu schaffen macht. Aber bei der Kommunalreform von 1970, die tiefgreifende Umwälzungen in Dänemark herbeiführte, vermochte die Volksgruppe doch das ihre dazu beizutragen, daß Nordschleswig als politische Einheit erhalten blieb, obwohl Teilungs- und Inkorporationsbestrebungen vorhanden waren und auch erwogen wurden. Doch der nordschleswigsche Eigencharakter erwies sich als so stark, daß er einer jütländischen Regionslösung widerstand. So ist zusammenfassend festzuhalten, daß die Volksgruppe die schwere Zeit bestand und sich behauptete. An der leidigen Sperrklauselfrage²⁴ freilich biß sie sich bislang die Zähne aus, obwohl diese Frage für die dänische Minderheit durch den Fortfall der 5 %- Klausel zunächst gelöst wurde. Als der Sozialdemokrat Erhard Jakobsen der Minderheit das überraschende Angebot machte, bei der Dezemberwahl 1973 die Spitzenposition seiner Liste der Zentrumsdemokraten in Nordschleswig zu übernehmen, akzeptierte man nach kurzer Überlegung.

Es glückte, wieder einen deutschen Vertreter nach Kopenhagen zu entsenden, indem Jes Schmidt ein Zusatzmandat eroberte, das zu erreichen die Sperrklausel der Volksgruppe seit zehn Jahren verwehrt hatte. Der deutsche Abgeordnete ist in erster Linie Vertreter der Minderheit, besitzt aber zugleich den Status des Hospitanten bei den Zentrumsdemokraten, ähnlich wie ihn auch die beiden Färinger und Grönländer bei den Sozialdemokraten und einer liberalen Partei besitzen. Als Hospitant hat der deutsche Abgeordnete die Möglichkeit, an der eigentlichen Reichstagsarbeit in den Ausschüssen mitzuwirken. Das Experiment — als ein solches muß man es nach so kurzer Zeit noch bewerten — ist darum als geradezu sensationell zu bezeichnen, denn mit diesem Erfolg ist der Minderheit ein Schritt gelungen, der weit über das bisher Erreichte hinausgreift. Der deutsche Vertreter ist nicht nur voll in die politische Arbeit des Folketings integriert worden, dieser Erfolg vollendet eine Entwicklung, die sich seit der Loyalitätserklärung als Integration der deutschen Volksgruppe in die dänische

Gesellschaft abzeichnet. Doch insgesamt bedeutet sie zunächst eine echte Aufwertung des Prestiges der Minderheit. Diese Integration birgt in sich ein großes Risiko. Das läßt sich gewiß nicht leugnen. Bricht man doch bewußt mit dem Dogma von 1920, sich nicht in die innerdänischen Verhältnisse einzumischen. Allerdings hat man ebenso eindringlich davor gewarnt, sich in eine selbstgewählte Isolation zu begeben. Die Entwicklung der Gesellschaft zum Wohlfahrtsstaat legt der Volksgruppe immer zwingender nahe, sich unmittelbar an der Legislative zu beteiligen. Wenn die politischen Entscheidungen nicht über ihre Köpfe hinweggehen sollen, muß sie versuchen, auf sie Einfluß zu gewinnen.

Der Minderheitenabgeordnete kann dabei in dreifacher Hinsicht wirksam werden. Er hat einmal die speziellen Fragen der Volksgruppe zu vertreten, doch kann er auch Nordschleswigpolitik kommunalpolitisch auffassen und sie in Kopenhagen zum Wohl der Gesamtbevölkerung verfechten und dabei mit den Abgeordneten Nordschleswigs gemeinsam innerhalb der vorgezeichneten Linien Politik betreiben. Und letztlich kann er mit den Abgeordneten der peripheren Gebiete Dänemarks eine gemeinsame Interessenpolitik versuchen. Im Verhältnis zur Zentraladministration ergeben sich stets Probleme, in denen sich die Interessenlage von Minderheitengruppen oder der Bevölkerung peripherer Landschaftsgebiete berühren; solche können sich bei den Färingern genauso ergeben wie bei den Bornholmern oder anderen. Erleben wir doch zunehmend bei allem Streben nach größeren Einheiten den genau entgegengesetzten Trend zu den kleinen Landschaftsstrukturen, deren Bevölkerung in sich zu ruhen bestrebt ist, um nicht ganz bedeutungslos zu werden und daher sich ihre Identität zu bewahren bemüht. Damit mögen drei verschiedenartige Arbeitsgebiete skizziert sein. Da der Abgeordnete sich durch das vereinbarte Wahlbündnis mit den Zentrumsdemokraten auf die EG- und NATO-Politik, also auf eine klare Europapolitik festgelegt hat, ist deutlich sichtbar, daß ihm im Rahmen der Integrationsbestrebungen keine engen Grenzen gesetzt sind. Es wird an Jes Schmidt selber liegen, was aus den Möglichkeiten herausgeholt werden kann. So verstanden, kann die Integrationspolitik für die Volksgruppe ein echter, belebender Impuls werden. Es ist freilich auch klar genug betont worden, daß eine solche Öffnung nach dem Norden zwangsläufig eine breitere Fundierung im Verhältnis zum deutschen Süden nicht nur als wünschenswert erscheinen läßt, sondern sie auch als lebensnotwendig erfordert. Das ist ein unbedingtes sine qua non, wenn die Integrationspolitik nicht das Aufgehen der Minderheit in der dänischen Gesellschaft besiegeln soll.

1920

Satzungen des Schleswigschen Wählervereins Programm

§ 1 Der Schleswigsche Wählerverein will, daß das dem deutschen Volk zugesagte Selbstbestimmungsrecht auch an der Grenzscheide Dänemark und Deutschland rein und gerecht zur Durchführung gebracht wird.

§ 2 Er erkennt nicht an, daß das bei der Festsetzung von Dänemarks Südgrenze geschehen sei, und verlangt deswegen Revision.

§ 3 Er will alle diejenigen sammeln, die Wert legen auf die alten Beziehungen zu Schleswig und die Sonderart des abgetretenen Landesteils.

§ 4 Er tritt ein für das Recht der Deutschen, in Kirchen-, Schul- und allen völkischen Angelegenheiten sich selbst zu verwalten.

§ 5 Er tritt ein für eine kräftige, gesunde Mittelstandspolitik und eine gerechte, freiheitliche, soziale Gesetzgebung.

1939

Das Wahlplakat der NSDAP Nordschleswig für die Aprilwahl 1939

12. März 1938

Österreich kehrt heim ins Reich

September 1938

Das Sudetenland kehrt heim ins Reich

März 1939

Böhmen und Mähren werden deutsches Protektorat

März 1939

Memel kehrt heim ins Reich

3. April 1939

Nordschleswig stimmt auf „Slesvigsk Parti“

1945

Gründungserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger

1. Als deutsche Nordschleswiger bekennen wir uns zu unbedingter Loyalität dem dänischen König, dem dänischen Staat und der jetzigen Grenze gegenüber und erstreben einen ehrlichen Frieden in unserer Heimat.
2. Wir wollen uns auf den Boden demokratischer Staatsauffassung stellen und in unserem politischen Leben die Grundsätze der Demokratie betätigen. Daher verwerfen wir alle Politik, soweit sie nicht zu vereinbaren ist mit den Grundsätzen des Rechtes, der Gerechtigkeit und Menschlichkeit.
3. Wir halten fest an der sittlichen Hoheit und Kraft der auf dem Boden des Christentums gewachsenen deutschen Kultur.
4. Wir wollen eine neue Gemeinschaft aufbauen, die sich den Bedrängten in

unserer Mitte verantwortlich und verpflichtet weiß und ihnen mit Rat und Tat hilft.

5. Unter verantwortlicher Bindung dem dänischen Staat gegenüber erwarten wir von unseren dänischen Mitbürgern auch uns gegenüber Verständnis für:
 - a) kulturelle Freiheit zur Pflege von Schule und Kirche
 - b) Pflege unseres sonstigen kulturellen Lebens in unseren eigenen Vereinshäusern in den Städten und in unseren Versammlungsräumen auf dem Lande.
 - c) Versammlungsfreiheit zur Ausübung unseres politischen Lebens und Pressefreiheit.

Nordschleswiger! Welche politische Vergangenheit ihr auch immer gehabt habt, wir fordern alle, die auf dieser Grundlage an einem neuen deutschen Leben in unserer Heimat mitbauen wollen, auf: Tretet ein in den Bund deutscher Nordschleswiger!

1973

Das Wahlabkommen mit den Zentrum-Demokraten lautete:

1. Die Schleswigsche Partei stellt mit Befriedigung fest, daß die Zentrum-Demokraten, vertreten durch ihren Sprecher Erhard Jacobsen, die Frage der Möglichkeit für die Minderheit, im Folketing mitzuarbeiten, als eine Angelegenheit ansehen, die im europäischen Geist gelöst werden muß, und daß die Anwendung einer Sperrklausel im Wahlgesetz auf die Partei einer Minderheit als unbillig angesehen wird.
2. Die Schleswigsche Partei setzt sich ein für die europäische Zusammenarbeit innerhalb der EG, für eine organische und gesunde Entwicklung im Grenzland, für Wechselwirkungen und Zusammenarbeit über die Grenze hinüber.
3. Die Schleswigsche Partei verzichtet auf eine Teilnahme an der Folketingswahl mit einer eigenen Liste am 4. Dezember 1973.
4. Die Zentrum-Demokraten stellen einen Vertreter der Minderheit an erster Stelle auf einer gebundenen Liste innerhalb des nordschleswigschen Wahlkreises auf. Der betreffende Kandidat muß von der Schleswigschen Partei anerkannt sein.
5. Der Vertreter der Minderheit auf der Liste der Zentrum-Demokraten ist nach einer eventuellen Wahl vollkommen freigestellt im Hinblick auf die Wahrnehmung der speziellen Interessen der Minderheit im Folketing.
6. Die Schleswigsche Partei fordert ihre Anhänger auf, bei der Wahl am 4. Dezember persönlich zu stimmen und ihre Stimme dem Kandidaten zu geben, der die vorgenannte Zielsetzung anerkennt und in seiner Person ein Garant dafür ist, daß die Zielsetzung der Minderheit berücksichtigt wird.

7. Die Zusammenarbeit wird ausdrücklich auf die Folketingswahl am 4. Dezember 1973 begrenzt.
-

A N M E R K U N G E N

- 1 Hans Peter Hansen, 1862—1936, Dänenführer in Nordschleswig in preußischer Zeit, Reichstagsabgeordneter. 1906—1919 in Berlin; Wiedervereinigungsminister 1919—1920 im Kabinett Zahle in Kopenhagen.
- 2 Johannes Schmidt-Wodder, 1860—1950, Pastor D. theol. h. c., Folketingsabg. der deutschen Minderheit 1920-1939.
- 3 Frede Nielsen, 1891—1954, Redakteur, Vorsitzender des Südschleswig-Ausschusses des Folketings, Kirchenminister.
- 4 Wilhelm Koopmann, 1870—1939, Rektor, Vorsitzender des Deutschen Schulvereins und Leiter des deutschen Privatschulwesens von 1920 bis 1939.
- 5 Die Organisationsgrenze für die deutsche und die dänische Sozialdemokratie war bis zum Jahre 1920 die Königsaugrenze, nach der Volksabstimmung die neue Grenze. Seit dem Wels-Stauning-Abkommen vom Nov. 1923 wurde diese von beiden Parteien als gesetzliche, nicht als gerechte Grenze betrachtet.
- 6 NSDAP Nordschleswig. Es gab nach 1933 mehrere nationalsozialistische Splittergruppen: NSAN 1933-1935, 1936-1938 unter Jep Nissen; NSDAN 1934—1936 unter Peter Larsen; dazu: P. Schmidt: Deutsche Front 1934, ab 4. Juli 1935 NSDAPN unter Dr. Jens Möller.
- 7 Jens Möller, 1894—1951, Tierarzt, Folketingsabgeordneter 1939—1943.
- 8 „Det unge Grænseværm“ wurde unter dem Lehrer Peter Marcussen am 23. April 1933 ins Leben gerufen.
- 9 „Danske Samfund“, überparteilicher Zusammenschluß in den Grenzkirchspielen, gegründet 1933; nach der Besetzung auf ganz Nordschleswig unter Leitung von Hofbesitzer Hans Andersen, Kongsberg, erweitert.
- 10 Die Sozialdemokraten beriefen Aktionsausschüsse, später zusammengefaßt in: „Nordschleswigscher Landesverein der Arbeiterbewegung“ (Arbejderbevægelsens sønderjyske Landsforening) unter Redakteur Frede Nielsen.
- 11 Der Wählerverein hatte nach 1933 infolge der parteilichen Zerrissenheit die Aufgabe, als Sammelbecken für das gesamte Deutschtum, vor allem bei den Wahlen, zu dienen.
- 12 Die deutschsprachigen Schulabteilungen waren Teil des kommunalen dänischen Schulwesens und unterstanden dem dänischen Schulleiter (mit Ausnahmen), aber immer dem dänischen Schulrat (Amtsskolekonsulent). Die deutschen Volkstumsschulen waren Privatschulen, als solche Gesinnungsschulen unter deutschgesinnten Lehrern und

- unterstanden dem Deutschen Schulverein.
- 13 So wird die Politik der dänischen Regierung mit der Besatzungsmacht bezeichnet. Die Bewertungen klaffen immer noch sehr weit auseinander. Doch neueste Untersuchungen betonen den nüchternen Realismus der Regierungen Stauning, Buhl und Scavenius in ihren Kontakten zur Besatzungsmacht.
- 14 Die Männer des „Hadersiebener Kreises“ stammten aus alteingesessenen Geschlechtern: Pastor Fr. Prah, Fabrikant Math. Hansen, Großkaufmann Peter Frees, Advokat Sophus Erichsen, Bankdirektor Danielsen u. a.
- 15 Friedrich Prah, 1885-1959, Pastor.
- 16 Dem Volksaufstand vom 29. August 1943 gingen eine Reihe von antideutschen Demonstrationen und Streiks im ganzen Lande voraus, die zum Ausnahmezustand führten; daraufhin trat die Regierung Scavenius zurück.
- 17 Die sog. „Blakkeden“ sind die Unentschiedenen, national weder dänisch noch deutsch; nennen sich gern Schleswiger.
- 18 Nach dem 5. Mai 1945 wurde die sog. Rechtsabrechnung durchgeführt. Durch sie sollten alle jene Staatsbürger getroffen werden, die „gegen die nationale Gemeinschaft verstoßen“ hatten und mit der Besatzungsmacht kollaborierten. Es wurden 34 000 Personen interniert. Da die geltenden Strafgesetze viele der Handlungen, die man bestrafen wollte, gar nicht erfaßten, schuf man die „Landesverrätergesetze“ mit rückwirkender Kraft bis zum 9. April 1940.
- 19 Zu den eigentlichen Strafen wurden den Verurteilten außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte für mindestens 5 Jahre aberkannt. Eine Generalamnestie hat Dänemark noch nicht gewährt. Auch der Frontdienst wurde kriminalisiert. 2958 Mitglieder der Minderheit wurden verurteilt.
- 20 So nannte man die Deutschen Nordschleswigs nach 1945, als die dänische Südschleswig-Bewegung alles Deutsche zu überschwemmen drohte.
- 21 Die „Kieler Erklärung“ vom 26. Sept. 1949 regelte sowohl die Rechte als auch die Pflichten der dänischen Minderheit. In der Präambel wurde darauf hingewiesen, daß man eine gleiche Regelung für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig „bestimmt“ erwarte. Sie wurde auf Antrag der deutschen Minderheit am 27. Oktober 1949 im sogen. „Kopenhagener Protokoll“ gewährt.
- 22 Um die Verfassung den veränderten Verhältnissen anzupassen, erfolgten umfassende Änderungen durch die Verfassungsreform vom 5. Juni 1953: Die weibliche Erbfolge wurde eingeführt, das Landsting (2. Kammer) abgeschafft, Grönland aus dem Kolonialstatus entlassen und in ein dänisches Amt (Kreis) verwandelt. Der Status der Färöer wurde neu formuliert. Die Färöer und Grönland entsenden nunmehr je 2 Abgeordnete in das Folketing zu den 175 dänischen Abgeordneten. Von diesen 175 dänischen Mandaten wurde ein weiteres Mandat Bornholm (insgesamt jetzt 2) zuerkannt; Nordschleswig erhielt wieder sein 7. Kreismandat, das dann die Schleswigsche Partei erringen konnte.
- 23 Hans Schmidt-Oxbüll, 1900. Hofbesitzer, Folketingsabgeordneter

1953—1964.

- 24 Wenn eine Partei kein Kreismandat in direkter Wahl erringen kann (wie es die Schleswigsche Partei von 1920 bis 1964 vermochte), kann sie an der

Verteilung der insgesamt 40 Zusatzmandate teilnehmen, wenn sie über mehr als 2 % der Gesamtstimmen verfügt.

Vier Thesen zur Zielsetzung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig

Aus Anlaß des Deutschen Tages am 4. November 1973 stellte das Generalsekretariat in Apenrade vier Thesen zur Zielsetzung der deutschen Volksgruppe und ihrer Stellung im dänischen Staat zur Diskussion. Diese vier Thesen lauteten wie folgt:

1. Aufrechterhaltung und Vertiefung der geistigen und kulturellen Verbindungen zum deutschen Volk ohne Isolierung dem Norden gegenüber.
2. Mitwirkung an den gesellschaftlichen Aufgaben innerhalb des dänischen Staatsverbandes.
3. Abbau der Bedeutung der Staatsgrenze in allen Lebensbereichen im Sinne europäischer Integration.
4. Mitwirkung an der Entwicklung des dänisch-deutschen Grenzlandes zu einer Kontaktregion mit Erfahrungsaustausch und fruchtbaren Wechselwirkungen (auf der Basis von Gleichberechtigung und Chancengleichheit).

Der Auftrag der Satzung des Bundes deutscher Nordschleswiger

Als Ergänzung zu diesen vier Thesen kann auf die Satzung des am 22.11.1945 gegründeten Bundes deutscher Nordschleswiger in ihrer letzten Fassung vom 2. November 1970 hingewiesen werden. Zielsetzung und Stellung im deutschdänischen Grenzland ergeben sich aus folgenden Bestimmungen:

- § 1 Der Wirkungsbereich des Bundes deutscher Nordschleswiger umfaßt das schleswigsche Grenzland. Ziel und Zweck des Bundes ist — in Übereinstimmung mit der dänischen Verfassung und Gesetzgebung sowie der Kopenhagener Minderheitenerklärung vom 29. März 1955 — die Förderung der deutschen Volksgruppe und die Mitwirkung an einer gesunden Entwicklung des deutsch-dänischen Grenzlandes.
- § 2 Der Bund vertritt alle Belange, die in seinem Arbeitsbereich liegen, sowohl Deutschland als auch Dänemark gegenüber, insbesondere gegenüber der dänischen Regierung, dem Folketing, den dänischen Behörden und auch in der Öffentlichkeit.
- § 3 Der Bund kann unter keinen Umständen Verträge abschließen, Vereinbarungen treffen oder Maßnahmen durchführen, aufgrund derer die Freiheit seiner Beschlüsse oder seines Wirkens durch Bindungen nach außen aufgehoben oder eingeengt wird.

Bei einem Vergleich der Thesen mit den Bestimmungen der Satzung des Bundes deutscher Nordschleswiger kann festgestellt werden, daß die Thesen innerhalb der Zielsetzung liegen, wie sie in der Satzung festgelegt worden ist. Wenn im § 3 dann noch die Unabhängigkeit des Bundes deutscher Nordschleswiger in seinen Beschlüssen besonders unterstrichen wird, so ist auch diese Bestimmung im Zusammenhang zu sehen, mit der besonderen Stellung, welche die Volksgruppe im Grenzland zwischen den beiden Staaten und Völkern einnimmt. Diese Bestimmung wurde schon im Jahre 1945 in die erste Fassung der Satzung aufgenommen und ist seitdem beibehalten worden.

Die vorgenannten vier Thesen bedürfen sicherlich noch einer näheren Erläuterung. In ihnen kommt zunächst zum Ausdruck, daß deutsche Volkszugehörigkeit und dänische Staatsangehörigkeit heute nicht als Gegensatz zu sehen sind, oder anders ausgedrückt: daß die Mitglieder der Volksgruppe — unbeschadet ihrer geistigen und kulturellen Bindungen im deutschen Volk — sich zugleich als Bestandteil der den dänischen Staat tragenden Bevölkerung verstehen.

Hieraus ist folgendes abzuleiten:

1. Das Spannungsverhältnis, das in der Nationalstaatsepoche in den Grenzgebieten latent vorhanden war, entfällt.
2. Staatliche Interessen, die der Einräumung der vollen Gleichberechtigung für die Mitglieder der Minderheit entgegenstehen, können nicht geltend gemacht werden.

Wertung der Minderheitenerklärungen

Unter diesen beiden Gesichtspunkten sind dann auch die deutsch-dänischen Minderheitenerklärungen vom 29. März 1955 zu werten. Wichtig ist, daß die Minderheitenerklärungen sich gleichzeitig mit den Verhältnissen zu beiden Seiten der Grenze befassen. Die Erklärungen stellen zwar keinen völkerrechtlichen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark dar, vielmehr handelt es sich um „innerstaatliche Erklärungen“ der beiden Staaten. Beide Erklärungen sind aber — und das ist sehr entscheidend — inhaltlich aufeinander abgestimmt und durch ein Protokoll miteinander verbunden. Die dänische Erklärung zugunsten der deutschen Minderheit enthält u. a. folgende Punkte:

1. Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.
2. Das besondere Interesse der deutschen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Deutschland zu pflegen, wird anerkannt.
3. Jeder Staatsbürger hat den gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung. Jeder hat das Recht auf

gleiche Behandlung. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, wird keine unterschiedliche Behandlung der Angehörigen der deutschen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern stattfinden.

Entsprechende Bestimmungen zugunsten der dänischen Minderheit sind in der Erklärung der Bundesrepublik Deutschland enthalten.

Die beiden vorgenannten Erklärungen können als Grundsatzbeschlüsse der Staaten für die Regelung ihres Verhältnisses zu den Minderheiten aufgefaßt werden. Sie sind natürlich nicht gleichbedeutend damit, daß alle Einzelprobleme bereits gelöst wären. Sie enthalten aber Richtlinien, auf welche die Minderheiten sich berufen können, und sie sind ein Programm für die Einordnung der Minderheit in den Staat und in die Gesamtbevölkerung des Staates.

Damit wären die Thesen 1 und 2 im Sinne der Entwicklung einer Synthese zwischen der Volkszugehörigkeit und der Staatszugehörigkeit erläutert, und zugleich wäre eine Grundlage gegeben für die Thesen 3 und 4, die sich mit dem Abbau der Bedeutung der Staatsgrenzen und mit der Entwicklung des Grenzlandes zu einer Kontaktregion befassen.

Kulturelle Kontakte

Der Abbau der Bedeutung der Staatsgrenze ist bereits in vielen Bereichen erkennbar. Als Beispiel könnte auf die Schulen der Minderheit hingewiesen werden, die von dem Deutschen Schul- und Sprachverein in ständigem Kontakt mit dem Unterrichtsministerium in Kopenhagen und dem Kultusministerium betrieben werden. Die Abschlußprüfung am Deutschen Gymnasium in Apenrade ist ein dänisches Studentenexamen, das in Verbindung mit einer Ergänzungsprüfung gleichzeitig als deutsche Reifeprüfung anerkannt wird. Die Schule öffnet mithin den Weg zu Abschlußprüfungen an Hochschulen sowohl in Dänemark als auch in Deutschland, und sie entspricht in ihrem Aufbau und ihrer Arbeit den besonderen Interessen und Notwendigkeiten des deutschdänischen Grenzlandes.

Ein anderes Beispiel: Deutsche und dänische kulturelle Veranstaltungen der verschiedensten Art — wie z. B. Theateraufführungen, Konzerte, Vorträge usw. — schieben sich im schleswigschen Gebiet räumlich ineinander, ohne daß die Staatsgrenze diese Entwicklung wesentlich beeinträchtigt. Hier ist eine starke Vielfältigkeit und Aktivität erkennbar, so daß das Grenzland auf kulturellem Gebiet auf jeden Fall nicht als periphere Zone bezeichnet werden kann.

Abbau von wirtschaftspolitischen Abscchließungseffekten

Wenn jedoch heute von dem Abbau der Staatsgrenze gesprochen wird, steht nicht in erster Linie die Kultur, sondern der wirtschaftspolitische Bereich im

Vordergrund, d. h. die Situation, die durch den Beitritt Dänemarks zur Europäischen Gemeinschaft eingetreten ist. Durch diesen Beitritt sind Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft einander nähergerückt. Beide Staaten haben im Rahmen des EWG- Vertrages in begrenztem Umfang Souveränitätsrechte abgetreten. Das bedeutet verstärkte Interessengemeinschaft und hat gleichzeitig zur Folge, daß die Staatsgrenze an Gewicht verliert. Das ist ein Vorgang, der jetzt an der Grenze zwischen Deutschland und Dänemark festzustellen und der bereits vorher an den Grenzen zwischen den alten sechs Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft eingeleitet worden ist.

Die meisten europäischen Grenzgebiete, d. h. die Gebiete, die an den Grenzen der Nationalstaaten liegen, gehören vom Standort her gesehen zu den weniger begünstigten Gebieten Europas. Sie haben seit dem Entstehen der Nationalstaaten den nationalen Zentren gegenüber eine Randlage gehabt. Sie waren und sind zum Teil auch heute noch in vieler Beziehung ökonomischen und sozialen Abschließungseffekten unterworfen, z. B. durch besondere Abgaben (Zölle und Steuern), durch Bestimmungen aus dem Niederlassungs- und Grundstücksrecht, durch das Erfordernis besonderer Arbeitserlaubnis, durch Kontingentierungen, durch Mehrkosten aufgrund „gebrochener“ Frachtberechnungen, durch unterschiedliche Vorschriften gesundheitspolitischer und veterinärmedizinischer Art sowie generell durch Unterschiede der Wirtschaftspolitik.

Aufgrund der Zielsetzung und der Bestimmungen des Romvertrages besteht nun aber die Möglichkeit, diese Nachteile aus der Nationalstaatsepoche abzubauen. Das ist ein Vorgang, der selbstverständlich nicht von heute auf morgen erreichbar ist und dem in Detailfragen viele Schwierigkeiten entgegenstehen. Entscheidend ist aber, daß die Grenzregionen etwas von ihrer bisherigen Randlage verloren haben und daß sich doch Möglichkeiten einer Zusammenarbeit ergeben, die durch Staatsgrenzen *langfristig* nicht mehr aufgehalten werden kann. Hierfür liegen schon eine Fülle von Beispielen vor. So haben sich an der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich sowie den Beneluxländern eine ganze Reihe von „grenzüberschreitenden“ Regionen gebildet. Umfang der gesteckten Ziele, Aufbau und Arbeitsweise in diesen Regionen sind sehr unterschiedlich. Das gilt auch für die rechtliche Form. Zum Teil ist die Zusammenarbeit institutionalisiert, in anderen Fällen ist sie so lose gestaltet, das beispielsweise nur von Ad-hoc-Konferenzen die Rede ist.

Die deutsch-dänische Grenzregion

Was nun das deutsch-dänische Grenzgebiet anbetrifft, so ist es wichtig, daß

1. die wirtschaftliche Struktur in Nord- und Südschleswig — trotz der

unterschiedlichen Entwicklung seit 1920 — von der Ausgangslage her weitgehend vergleichbar ist und

2. den Ballungsgebieten gegenüber viele gemeinsame Interessen wahrzunehmen sind.

Das erfordert, daß aus dem deutsch-dänischen Grenzgebiet heraus Eigeninitiative entfaltet wird, und das bedingt zugleich, daß ein reger Erfahrungsaustausch stattfindet, wie er in der These 4 gefordert wird, da nur aus der gegenseitigen Kenntnis der Verhältnisse eine Zusammenarbeit entwickelt werden kann.

Der Bund deutscher Nordschleswiger hat in seinen Informationen zu den Deutschen Tagen 1972 und 1973 auf Aufgaben hingewiesen, bei denen es bereits zu einer deutsch-dänischen Zusammenarbeit gekommen ist. Hier kann beispielsweise auf das Komitee verwiesen werden, das sich mit Untersuchungen über die Verunreinigung der Flensburger Förde befaßt. Es könnte verwiesen werden auf die Absprachen in bezug auf den Autobahnbau mit dem Grenzübergang westlich von Fröslee und auf die kommunalpolitischen Kontakte, die u. a. auch bei der Durchführung der Deutsch-Dänischen Tage — abwechselnd in Flensburg und Nordschleswig — eine Rolle gespielt haben.

Darüber hinaus hat der Bund deutscher Nordschleswiger einen ganzen Katalog von Aufgaben zusammengetragen, bei denen sich eine Zusammenarbeit im Interesse beider Partner anbietet. Diese Zusammenarbeit müßte sich zunächst darauf beziehen, daß man die deutsche (schleswig-holsteinische) und die dänische Gesetzgebung, die für das Grenzland von besonderem Interesse ist, einander gegenüberstellt. Es ist durchaus von Wert, nördlich der Grenze mit der Landesplanung in Schleswig-Holstein vertraut gemacht zu werden, wie umgekehrt Schleswig-Holstein aus der dänischen Gebietsentwicklung Anregungen bekommen kann.

Ein solcher Erfahrungsaustausch kann im übrigen auf fast alle Gebiete ausgedehnt werden, z. B. auch auf den Ausbildungssektor. Wegen der hier vorliegenden Möglichkeiten ist das deutsch-dänische Grenzland als besonders günstiger Standort für Ausbildungsstätten aller Art anzusehen — ein Gesichtspunkt, der auch in Verbindung mit der Flensburger Hochschulplanung von Bedeutung ist.

Der vom Bund deutscher Nordschleswiger entwickelte Katalog von Einzelfragen reicht im übrigen von Problemen der Rechtsangleichung über die Verkehrs- und Tarifpolitik bis zu gemeinsamen Aufgaben an der Westküste im Bereich zwischen dem Hindenburg-Damm und dem Damm nach der Insel Röm und der Revision des Abkommens über die dänisch-deutsche Grenzwasserkommission, die nach der Kommunalreform erforderlich geworden ist. Hier bietet sich eine Zusammenarbeit an, die pragmatisch — von Fall zu Fall — aufgenommen werden kann.

Impulse von der Volksgruppe?

Was haben aber nun die hier angedeuteten Aufgaben speziell mit der deutschen Volksgruppe zu tun? Handelt es sich hier nicht um Aufgaben, welche die Gesamtbevölkerung und alle Behörden und Institutionen angehen, die in diesem Raum und für diesen Raum tätig sind? Diese Frage ist selbstverständlich mit ja zu beantworten. Die Volksgruppe sollte jedoch daran interessiert sein, besonders nach dieser Richtung hin Impulse zu geben. Sie hat aufgrund ihrer Struktur und ihrer Kontakte über die Grenze hinüber und herüber besondere Voraussetzungen, um im Sinne der angedeuteten Zielsetzung mitzuarbeiten. Sie stellt das Grenzland in das Zentrum ihrer Arbeit und bemüht sich auch in diesem Rahmen darum, eine fruchtbare Synthese zwischen ihren volklichen Bindungen nach dem Süden und der Staatsangehörigkeit in Dänemark zu entwickeln.

Identität und Integration als Aufgabe der deutschen Volksgruppe

Auf der traditionellen Sankelmarktagung des Bundes deutscher Nordschleswiger zu Beginn dieses Jahres fand auch eine Grundsatzdebatte um die Zielsetzung der Volksgruppe statt. Die Wahrung ihrer Identität bei bewußter Integration in den dänischen Staat war der rote Faden, der sich durch die Debatten hindurchzog. Weil die mit diesen beiden Vokabeln umrissene Problematik auch den Inhalt der in diesem Grenzfriedensheft veröffentlichten Aufsätze ausmacht, stellten wir hierzu dem neuen Generalsekretär des BdN einige darauf bezügliche Fragen.
Die Red.

Frage: Bei Ihrer Wahl zum Generalsekretär des Bundes deutscher Nordschleswiger ist davon gesprochen worden, daß es sich hier nicht nur um eine Wachablösung, sondern um einen Generationswechsel handele, also nicht nur um einen Wechsel in der Verwaltung des BdN, sondern in der Führung desselben. Wie sehen Sie die Dinge?

Antwort: Im Deutschen Generalsekretariat laufen u. a. die Verwaltungsaufgaben des BdN zentral zusammen. Das ist eine wichtige Aufgabe, die man nicht unterschätzen darf, und ich hoffe, daß ich zu ihrer Lösung beitragen kann. Darüber hinaus ist es selbstverständlich Aufgabe des Generalsekretärs, den Hauptvorstand des BdN in der Führung der Volksgruppe zu unterstützen, die Entscheidung des Hauptvorstandes mit vorzubereiten und später durchzuführen, wobei ich unterstreichen möchte, daß die Beschlüsse des BdN selbstverständlich maßgeblich sind. Da Sie den Generationswechsel angeschnitten haben, möchte ich gern unterstreichen, daß ich mich als Generalsekretär nicht nur als Vertreter der jungen Generation ansehe, sondern daß ich selbstverständlich auch die ältere Generation vertreten werde. Es wird mir in meinem Amt immer darum gehen, das Vertrauen der gesamten Volksgruppe zu erlangen.

Frage: Daraus gewinne ich den Eindruck, daß Sie in Ihrem neuen Amt sehr behutsam Vorgehen und Spannungen und Reibungen innerhalb der Volksgruppe und der Generationen nach Möglichkeit auszugleichen versuchen werden. Ist dem so?

Antwort: Ja, das ist richtig. Es wird natürlich nicht immer leicht sein, Spannungen zu vermeiden. Die Volksgruppe ist sehr vielschichtig. Ich meine aber auch nicht, daß die Volksgruppe immer nur mit *einer* Meinung auftreten muß. Auch in der Volksgruppe muß es Platz für verschiedene Auffassungen geben. Was die Grundlage der Volksgruppenpolitik angeht, ist es klar, daß man diese auf eine breite Grundlage stellen muß, daß sie auch von einer vielschichtigen Volksgruppe anerkannt werden kann. Diese Grundlage ist in den Satzungen des BdN

festgelegt. Es wird darauf ankommen, den Geist der Satzungen mit den politischen Forderungen des Tages jeweils in Übereinstimmung zu bringen. Wenn ich dies als meine besondere Aufgabe ansehe, möchte ich unterstreichen, daß ich mich vorzugsweise auf die Gedanken der jungen Generation stützen werde, wobei ich an den Arbeitskreis junger Nordschleswiger denke.

Frage: Also Wachwechsel und Generationswechsel — beides zugleich?

Antwort: Ja, so kann man es ausdrücken, aber ich bin mir durchaus darüber im klaren, daß die Durchführung meiner Aufgabe in diesem Sinne natürlich nicht leicht ist. In dieser Verbindung halte ich es für sehr wichtig, einen guten Kontakt zur Basis zu haben. Die persönliche Kontaktpflege ist meiner Meinung nach ein sehr wichtiges Element der Volksgruppenarbeit.

Frage: Nicht Ihre Wahl, aber die Übernahme Ihres neuen Amtes fiel genau zusammen mit der Wahl von Jes Schmidt zum Folketingsabgeordneten auf der Liste der dänischen Partei der Zentrumsdemokraten. Ist diese Wahl ein Zeichen für die zunehmende Integration der deutschen Volksgruppe in den dänischen Staat und haben Wachablösung, Generationswechsel und die Änderung des bisherigen politischen Kurses der Volksgruppe durch die Zusammenarbeit mit einer dänischen Partei etwas miteinander zu tun?

Antwort: Dieses Zusammentreffen könnte zufällig sein, ist es aber wohl nicht ganz, denn der Beschluß von Tingleff wurde nach der Diskussion weitgehend von der jungen und mittleren Generation getragen; insofern hat dieser Entschluß wohl etwas mit dem Generationswechsel in der Volksgruppe zu tun. Durch die Wahl eines deutschen Nordschleswigers als Folketingsabgeordneter über eine dänische Partei ist der Prozeß der Integration der Volksgruppe in den dänischen Staat sicher ein Stück vorangekommen. Der Abgeordnete Jes Schmidt hat in einem Referat auf der BdN-Tagung in Sankelmark erklärt, daß er seine Wahl und damit die Integration als Fortsetzung der Loyalitätserklärung des BdN von 1945 sehe. Ich meine, daß die Integration in den dänischen Staat notwendig und als Fortschritt zu bezeichnen ist. Wir sind dänische Staatsbürger mit den gleichen Rechten und Pflichten. Wir wollen kein Fremdkörper im dänischen Staat sein.

Frage: Die Zustimmung zum Angebot der Zentrumsdemokraten ist vielen deutschen Nordschleswigern bekanntlich nicht leicht gefallen und auch auf direkte Ablehnung gestoßen. Hat die Furcht vor einem Identitäts- und Substanzverlust für die Volksgruppe hier eine Rolle gespielt, die Befürchtung, dadurch die politische und gesellschaftliche Grenze zwischen Deutschen und Dänen zu sehr zu verwischen?

Antwort: Es kann meiner Ansicht nach nicht bestritten werden, daß es — je mehr wir als Volksgruppe in den dänischen Staat integriert werden, wovon wir im täglichen Leben vieles als wertvoll anerkennen — schwieriger wird, den *sichtbaren* Zusammenhalt in der Volksgruppe zu wahren. Ich glaube aber, daß diese

Schwierigkeit bewältigt werden kann, so daß ich nicht meine, daß wir dadurch einen Substanzverlust zu befürchten haben. Bei manchen hat es Widerstand gegen diese Zusammenarbeit gegeben und sie haben diese nicht unterstützt, aber sie sind trotzdem doch deutsche Nordschleswiger. Das Bekenntnis zum Deutschtum ist eine Grundeinstellung, die sehr viel tiefer liegt als eine tagespolitische Entscheidung. Für viele ältere Nordschleswiger ist es ganz selbstverständlich, daß sie deutsch sind. Sie haben ja noch die Zeit um 1920 miterlebt und fühlen auch heute noch eine ganz selbstverständliche Verpflichtung gegenüber Geschichte und Tradition. Bei der jungen Generation fehlt die Selbstverständlichkeit und Verpflichtung gegenüber Tradition und Geschichte, und trotzdem fühlen viele eine innere Identität mit deutscher Kultur und deutschem Gedankengut. Dieses Identitätsgefühl muß aber im Gegensatz zu früher erst erarbeitet werden. Man kann unseren Jugendlichen kein Modell für ihre Entscheidung anbieten, jeder muß seine Begründung selbst finden. Daß hier inhaltlich ganz neue Aufgaben auch auf das Generalsekretariat zukommen, ist selbstverständlich. Wir werden uns bemühen, in allen deutschen Organisationen in Nordschleswig nach besten Kräften bei der Lösung solcher Aufgaben mitzuwirken.

Frage: Die Furcht vor einem Identitäts- und Substanzverlust der Volksgruppe scheint aber nicht nur auf dem offenbar weitgehend von der jungen Generation getragenen und befürworteten Kurswechsel zu beruhen, sondern auch auf einer gewissen Skepsis der älteren Generation, denen die nationale Konfrontation eine Selbstverständlichkeit war, gegenüber der jüngeren, die 1920, 1933 und 1945 nicht selbst erlebt hat, sondern in die Zeit der nationalen Verständigung nach 1955 hineingewachsen ist und aus ihr ihre Impulse bezieht. Wie sehen Sie es?

Antwort: Daß sich in manchen Kreisen eine gewisse Skepsis bemerkbar macht, kann man nicht von der Hand weisen, aber ich glaube nicht, daß man deshalb von einem Identitäts- und Substanzverlust der Volksgruppe sprechen kann. Die geschichtlichen Ereignisse spielen natürlich eine Rolle, aber die junge Generation fühlt sich der Geschichte weniger verpflichtet; trotzdem fühlen viele von ihnen sich als deutsche Nordschleswiger. Hier scheint mir weniger das geschichtliche Bewußtsein als das gesellschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl das Entscheidende zu sein. Der Kern der Volksgruppe ist heute trotz ihrer Vielschichtigkeit eine bodenständige bäuerlich-bürgerliche Gesellschaft mit deutscher Kulturtradition, die sich über alle politischen Veränderungen hinweg behauptet hat. Wenn wir der jungen Generation eine Grundlage bieten wollen, müssen wir uns um die Erhaltung des sozialen Gefüges der Volksgruppe bemühen. Das ist etwas, das über das Tagespolitische hinausgeht.

Frage: So sehen Sie also keine Gefahr für die Identität, für das Selbstverständnis der Volksgruppe durch die Bejahung ihrer Integration in Staat und Gesellschaft in

Dänemark?

Antwort: Nein, ich sehe hier eher eine notwendige Doppelaufgabe, nämlich auf der einen Seite sich als gleichberechtigte, aktive Bürger im dänischen Staat zu entfalten, auf der anderen Seite aber die gesellschaftliche Eigenständigkeit als deutsche Volksgruppe zu bewahren. Die Grundlage des Heimdeutschtums ist die deutsche volklich-kulturelle Tradition. Diese Grundlage sollte, wenn wir sie der veränderten Zeit entsprechend mit neuen Ideen füllen, die Integration in den dänischen Staat verkraften können. Aber eine Patentlösung gibt es nicht. Das Ziel muß sein, die Volksgruppe ihres Wertes an sich wegen, aber auch im Zeichen des neuen Europas zu erhalten, so daß sie als ein lebendiger Faktor des Grenzlandes bestehen bleibt.

Frage: Wird die deutsche Volksgruppe sich in diesem Prozeß behaupten und erhalten können?

Antwort: Das ist schwer vorauszusehen. Wir werden es auf jeden Fall nur schaffen, wenn wir es *selber wollen* und wenn die inneren Integrationskräfte der Volksgruppe stark genug sind. Ich glaube, daß aus dieser Sicht die Voraussetzungen vorhanden sind. Es wird selbstverständlich auch nur möglich sein, wenn uns die Bundesrepublik materiell und geistig unterstützt, wobei ich die geistige Unterstützung für mindestens ebenso wichtig halte wie die materielle und es daher als eine Hauptaufgabe ansehen werde, so stark wie nur irgend möglich menschliche und geistige Kontakte zu Menschen in der Bundesrepublik zu pflegen.

FREUSCHER FEHLEISTUNG ODER WAS SONST?

In dem Aufsatz „Europa in Schleswig?“ im Grenzfriedensheft 4/1973 heißt es im letzten Absatz „Wahrscheinlicher ist, daß Nordschleswig dänisch sein und bleiben wird mit einer gesellschaftlich und kulturell eigenständigen deutschen Volksgruppe und umgekehrt Südschleswig *dänisch* sein wird mit einem ebenso eigenständigen Dänentum.“ Der aufmerksame Leser wird den Widersinn in ... und umgekehrt Südschleswig *dänisch* sein wird ... bemerkt haben. Es muß hier selbstverständlich ... *deutsch* sein wird ... heißen. Das geht aus dem Tenor des ganzen Aufsatzes eindeutig hervor, und die provokante Frage eines unserer Leser, ob es sich hier vielleicht um eine Freusche Fehlleistung handle, ist damit zu beantworten, daß es sich um einen ärgerlichen und entstellenden Druckfehler handelt, der bei etwas mehr Aufmerksamkeit des Verfassers zu vermeiden gewesen wäre. Aber der Druckfehlerteufel stirbt eben nicht aus.

Die Red.

Wir schreiben das Jahr 1974. Vor nunmehr 110 Jahren standen sich in der kriegerischen Auseinandersetzung um die Zugehörigkeit Schleswig-Holsteins zu Dänemark oder zu einem in seinen Grenzen noch nicht fest umrissenen deutschen Nationalstaat Dänen und Deutsche im Kampfe gegenüber. Manche, die 1864 unter dem Danebrog gefochten hatten und inzwischen Preußen geworden waren, kämpften wenige Jahre später unter schwarz-weißen Fahnen auf französischen Schlachtfeldern zum Ruhme Preußens und des deutschen Kaiserreiches.

Wie sich die Ereignisse dieser „glorreichen Jahre“ in den Augen eines „einfachen Mannes“, der dabei gewesen, spiegelten, zeigt die nachfolgende Schilderung, in der weniger von „gloire“ als von einfacher Menschlichkeit zu spüren ist.

JOHANN OHRTMANN

Gewöhnlich erzählte er nicht viel ...

Großvaters Erinnerungen an die Kriegszeit 1864 und 1870-71

Gewöhnlich erzählte er nicht viel, obwohl er gut reden konnte. Das bewies er bei Richtfesten, zu denen er als einer der ältesten Zimmerleute oft die traditionelle Rede halten mußte. Wir, die wir mit ihm in einem Hause wohnten, mußten dann tagelang vorher an den Abenden uns ganz still verhalten, wenn er in den herkömmlichen Text die besonderen und aktuellen Anspielungen hineinreimte. „Großvater macht die Rede“, und als ich noch sehr klein war, verstand ich, daß er „Räder“ machte und wunderte mich nur, daß man gar kein Hämmern hörte. Kam er von so einer Feierlichkeit heim, dann hörte man ihn schon von weitem singen: „Ich bin ein freier Mann und singe“ von Georg Herwegh, denn in ihm lebte noch ein Rest vom allgemeinen deutschen Achtundvierziger-Geist, und andererseits hatte ihn das Lob der Bauherren — und darunter waren manchmal so hochgestellte Leute wie Pastoren oder gar der Oberbürgermeister — in Verbindung mit den bei solchen Gelegenheiten gespendeten Getränken sehr aufgekratzt.

Am Sonntagvormittag kam er oft zu uns herüber. Mutter hatte dann Kaffee gekocht und auch Branntwein auf den Tisch gestellt. „Kaffeepunsch is doch de beste vun alle söden Suppen“ war Mutter gegenüber dann seine ständige Redensart, und wenn er mit Vater anstieß, sagte er: „Skål for gammel Danmark, men Tyskland skal også leve“, und das kam ihm sicher aus dem Herzen, denn er hatte für beide Vaterländer seine Haut zu Markte tragen müssen. 1864 war er auf dem dänischen Kriegsschiff „Rolf Krake“ dabei gewesen, das von der Flensburger Außenförde aus, genauer vom Wenningbund aus, die preußischen Belagerer der Düppeler Schanzen zu stören versuchte; soviel ich weiß, ohne viel Erfolg.

„Großvater, wie war das?“

„Och, dor is nich veel to verteilen. Wi hebbn schoten un de Preuß hätt wedder schoten, un mehr wer nich dorbi.“

„Aber du mußt doch noch mehr erzählen können, Großvater.“

„Na ja, dat beste keem jo achternah. Wi seilten denn na Kopenhagen, un dor wor för uns een grote Festeeten makt. Dat geev erst frische Supp mit veel Klümp, Fleeschklümp un Mehklümp, un denn Swiensbraden un dorto Köhm un Beer. Un bedeeent wurd'n wi, as wenn wi grote Helden weern, vun ganz feine Damens ut de Stadt“.

Es war immer ein glücklicher Zufall, wenn es gelang, Großvater zum Erzählen zu bringen. Gewöhnlich wurden wir hinaus geschickt, wenn Vater und Großvater ihren Kaffeeunsch tranken. Selten gelang es mir, mich in einer Ecke so still zu verhalten, daß man mich nicht bemerkte. So muß es wohl bei der Episode mit „Rolf Krake“ gewesen sein. Bei dem Erzählen von 1870/71 weiß ich noch, wie es kam. Vater hatte erwähnt, daß man am Vortage einen Kampfgenossen von 1870/71 mit großer Musik zu Grabe getragen hatte. „Nee,“ meinte Großvater, „mit son Kampfgenossenverein will ick nix to don hebben. Dat sünd meist Lüd, de hier to Hus de grote Snut up hebbn. Dor in Frankriek h e f f ick nix vun de markt.“ In dem Augenblick wurde Vater von Mutter in die Küche hinaus gerufen, warum, weiß ich nicht mehr.

Ich hielt den Augenblick für gekommen, mich bemerkbar zu machen und Großvater zum Weitererzählen zu bewegen. Und nun war wohl Großvater so in seine Erinnerungen hineingekommen, daß ihm nicht bewußt wurde, daß er jetzt mir Schuljungen und nicht meinem Vater erzählte.

„Ja, ick har jo blos bi de Dän deent un dor muß ick bi de Preuß noch nahdeenen, un dor wer dor grade Krieg mit Frankriek.“ Das war nun das richtige für mich, der ich damals wohl neun oder zehn fahre alt war und doch gern etwas von dem erleben wollte, was in den Schulbüchern so schön und spannend beschrieben war. Ich hatte Angst, daß ich keine richtige Weltgeschichte erleben würde. Seit über dreißig fahren war ja Friede im Lande und darüber konnte mich auch nicht trösten, was das „Flensburger Annoncenblatt“ über den Russisch-Japanischen Krieg, über Tschushima und Port Arthur berichtete. — Nun, ich und meine Generation sind seitdem reichlich mit Weltgeschichte bedacht worden, aber das konnte ich vor über 65 Jahren nicht wissen.

„Großvater, wie war das bei Gravelotte und Mars la Tour?“

„Dat weet ick nich, dat sünd wull annern wesen. Wi hebb'n dor immer marscheert, un ick harr Blasen an de Föt“.

„Etwas mußt du doch erlebt haben, Großvater, erzähl doch, bitte.“

„Nee, wi keem dor blots eenmal dör een Dörp, dor wem de Lüd all weglopen, un dor harm se wull Swien schlachtet und een Swien hung dor noch up'n Hoff an een

Ledder. Dor hebbn een Kamerad un ick jede een halwe Swien upp'n Puckel nahmen un all de annern hebb'n uns utlacht, dat wi uns dormit afschlepen deen. Awer an'n Abend, as de Verpflegung nich mitkamen weer, dor hebben wi uns Swiensbraden makt und all wulln se wat afhebbn, na, wi weern denn jo ok nich so. So weer dat bi Gravelotte, kann ok sien, dat dat Dörp anners heeten hett.“

Bei Sedan war Großvater nicht dabei gewesen, das hatte er schon früher einmal gesagt. „Aber bei Le Mans, Großvater, da warst du doch dabei?“

„Ja, dor hebben wi ok immer marscheert. Dat weer in Winter un de Stäweln weer'n all twei und de Sohlen dörloopen un ick harr immer Frost in de Teens.“

„Großvater, erzähl doch mal von den Gefechten und den Schlachten, die du mitgemacht hast!“

„Ach ja, mitünner mußten wi scheeten un denn hebben de Franzosen wedder schoten.“

„Hast du auch einmal einen getroffen?“

„Dat weet ick nich, dat kunn ick jo nich sehn. Aber de Franzmann hett ok welk vun uns drapen, dat seeg ick genau, un wi harm dor ok veel Dote und Verwundete. Dat weer trurig nog un worüm sali ick dorvun vertellen? Awer dat kann ick di seggen, de Wien, de is dor billig in Frankriek, de kost bald nich mehr as hier de Melk. Soveel Wien, as ick dor drunken heff, dat war ick ganz gewiß nich wedder kriegen.“

„Und sonst hast du gar nichts erlebt in Frankreich?“

„ O doch, mitünner. Dor wurm wi mal inwiest in't Quarteer in son Dörp, wo ick de Nam vun vergeeten heff, dat weer bi een ole Schoster un sin Fru, ganz arme Lüd, de nix to bieten harm. De ole Moder snack immer dorvun, dat se keen Düpeng harm, un dor heff ick ehr denn een Kanten Kommißbrot geben un se wull mi immer de Hand küssen, awer dat much ick nich hebben. De harm blots een Bedd, dor weer ok nich veel mit los, blots Stroh mit een flickte Laken doröwer. Dor wull min Kamerad, son richtigen jungen Snösel, de immer blots hochdütsch snacken der, dat wi beiden int Bedd slapen sullen und de beiden Oien up de Deel. Den heff ick awer de Wacht am Rhein blast, dat he sick nich schämen der, son ole Stakkeln up de Deel slapen to laten un wi junge un gesunne Lüd sulln uns int Bedd leggen. Nee, Johann, sowat hört sick nich!“ —

*

Mehr erinnere ich nicht von Großvaters Kriegserzählungen, wahrscheinlich sind es auch nicht mehr gewesen. Im ganzen war ich davon ziemlich enttäuscht. Vorgestellt hätte ich mir doch viel lieber den Großvater, wie er mit aufgezplantem Bajonett über die Höhen von Gravelotte oder Spichern gestürmt wäre, viele Franzosen erschossen und noch mehr gefangengenommen hätte. Aber offensichtlich hatte er solche Gelegenheiten immer verpaßt. In meinem Köpfchen aber grübelte es, welche Kriegsgeschichte wohl die richtigere sei, die in den

Schulbüchern oder die von Großvater? Gut zehn Jahre später, da hatten wir den ersten Weltkrieg und man hatte mich auch daran beteiligt, da wußte ich ganz genau, welche Kriegsdarstellung der Wahrheit näher war.

NEUE SCHLESWIGSCHE LITERATURBRIEFE

1 / 1974

Zwei Zeitromane aus zwei Ländern

Seit der Zeit des Poetischen Realismus im ausgehenden 19. Jahrhundert haben die großen Prosaisten den Menschen in der Welt und das Individuum in der Gesellschaft geschildert. Es ist reizvoll zu sehen, daß diese Tradition trotz anderer Vorhersagen wie eh und je lebendig ist, und es ist nicht minder reizvoll, wie sich in dieser Beziehung die Welt der Gegenwart in den Augen eines deutschen und eines dänischen Romanciers ausnimmt. Wir bringen hier eine Besprechung der neuesten Bücher von Siegfried Lenz und Willy-August Linnemann.

Die Red.

SIEGFRIED LENZ

Das Vorbild

*Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg
1973. 526 S.*

Im Jahre 1926 besprach Kurt Tucholsky in der „Weltbühne“ den Roman „Der Prozeß“ von Franz Kafka und konstatierte nach der Feststellung, daß ein versierter Leser nach zwanzig oder dreißig Seiten in der Regel doch wisse, wohin man den Dichter zu tun habe: „Hier weißt Du gar nichts ... Was ist das? Wer spricht?“ An diese Bemerkung erinnert man sich, wenn man nach der Lektüre des Romans „Das Vorbild“ von Siegfried Lenz fragt, wohin man nun Siegfried Lenz zu tun habe. Die Zunft, d. h. die professionelle Literaturkritik, hilft einem nicht weiter, denn sie bietet ein sehr uneinheitliches Bild. Neben gründlich durchdachten zustimmenden Äußerungen stehen andere, negative Rezensionen, die in Anbetracht des Ranges der Rezensenten überraschend nebensächlich in ihrer Argumentation wirken können. Ganz allgemein möchte man meinen, daß Rezensionen heutzutage oft die Bereitschaft der Rezensenten, den

natürlichen Abstand zum Kunstwerk innezuhalten, vermissen lassen — wie es Lessing und Fontane taten — wie es aber Kerr nicht mehr tat. Also etwas mehr Lessing, etwas weniger Kerr wäre gut. Und auch Tucholsky ist gut, denn er setzte sich mit dem Dichter und Werk auseinander, wobei er nicht selten ein bestätigter Prophet wurde. Und in der Tat: Wir fragen „Was ist das?“ auch bei der Lektüre des „Vorbildes“. Es ist ein Werk der deutschen Gegenwartsliteratur, das dem Zeitgenossen viel zu sagen hat. In dieser Geschichte dreier Pädagogen, die den Auftrag haben, für ein Lesebuch im Deutschunterricht einen Text zu finden, dessen Inhalt und Form so beschaffen sind, daß das gewählte Stück beispielhaftes Leben, Denken und Tun versinnbildlicht, daß also das Stück geeignet ist, als „Vorbild“ eines jungen Menschen zu wirken, der sich seinen Weg wählen muß. Die Aufgabe ist schwer und verlangt sowohl Kenntnisse als auch Mut zur Verantwortung in der Empfehlung. Die Aufgabe wird nicht gelöst. Man einigt sich nicht auf einen Text. Es ist eingewandt worden, daß in der Realität die Dinge nicht so gemacht werden.

Das ist ein vordergründiger Einwand, denn immerhin können sie so wie geschildert passiert sein. Es ist eingewandt worden, daß die drei Pädagogen — ein älterer Rektor, eine etwas undefinierbare, literarisch versierte Dame, ein etwas jüngerer Studienrat — schemenhafte, blutleere Figuren geblieben seien. Nun: Wo gibt es ein genauer getroffenes Bild als diesen im persönlichen Leben fast gescheiterten und pädagogisch nun wirklich sehr plastisch geratenen, sehr altmodischen Rektor oder ein trefflicheres Beispiel einer gewissen Art geistiger, aber etwas geschlechtsloser Frauen, oder ein fast belustigendes Konterfei eines verhinderten Revolutionärs von Studienrat? Warum ist „Das Vorbild“ unserer Auffassung nach ein gutes Buch?, wengleich nicht von der Spannung der „Deutschstunde“ erfüllt. Weil es die heutige deutsche Wirklichkeit des Geistes und der Politik in einer höheren Sphäre der Wirklichkeit zeigt, nämlich der Kunst. Die Handlung der „Deutschstunde“ war, das lag in der Zeit, von rasanter Spannung erfüllt, die Handlung des „Vorbildes“ kann dies nicht sein. Findet man deshalb das Buch weniger gut?

Die in Hamburg spielende Gesamthandlung ist in Einzelhandlungen aufgegliedert, die kunstvoll verknüpft sind. Siegfried Lenz, der ein Meister nicht nur der komprimierten Erzählung war und ist, erscheint hier als Meister und Compositeur eines großartig angelegten Ganzen, denn Nebenhandlungen und Rahmenhandlung sind alle zu einem farbigen Muster verknüpft, welches das Bild der Skepsis, der Ratlosigkeit, aber auch des ehrlichen Suchens unserer Zeit und unserer deutschen Gegenwart klarlegt.

Im einzelnen erleben wir an vielen Stellen die Atmosphäre der Hansestadt so hautnah, sei es im Hauptbahnhof, sei es an

der Alster, sei es in Warenhäusern oder Kneipen, daß wir manche Passagen wie einen guten Trunk zu uns nehmen. Wieviel Sehenkönnen verwandelt sich hier zu Geschautem — wird heimatlich und welthaltig zugleich. Wieviel Zeitkritik, aber auch wieviel Humor, wenn wir diese Zeilen lesen: „Während die Kleinbahn sich also durch Obstgärten und über hochgelegenes Weideland müht, sprechen die beiden Passagiere unter dauerndem, allerdings unfreiwilligem Kopfnicken — ja, worüber? Im Zweifelsfall über diese Akademien, die ausnahmslos schwer zu erreichen sind und in denen man darauf aus ist, Schuppen von den Augen zu entfernen: hier wird jeder übers Wochenende sehend und gewinnt einen beunruhigend neuen Blick für die Probleme der Zeit. Können Sie sich das soweit vorstellen? Gut.“

Und was den Kern angeht: Es handelt sich in der Erzählung vordergründig um die drei Hauptpersonen, die selbst nicht richtig mit dem Leben fertig wurden. Aus ihrer jeweiligen Perspektive aber schildert der Erzähler alsdann Dinge, Menschen und Gedanken und erweitert die Frage nach dem Vorbild zu der Frage nach dem Sinn des Daseins. Während jedoch Fontane oder Thomas Mann ihren Erzählungen noch Grundwerte und Grundmuster des Lebens und der Gesellschaft unterlegen konnten, wengleich auch diese Werte schon in Frage gestellt waren, fehlt uns, nachdem wir nicht mehr transzendental scheinen denken zu können, nachdem an uns von der Machtpolitik ein Betrug größten Ausmaßes verübt wurde, nachdem die Heimat vielen nicht nur in der Realität verloren ging, sondern auch in der Vermassung genommen wurde, fehlt uns das Fundament, fehlt uns die persönliche wie nationale Identität, deren wir bedürfen, um uns behaupten zu können. Die amorphe Masse findet ihre den Leser erregende

Darstellung im Roman bei Lenz in der Schilderung des Fanatismus eines Menschenhaufens durch einen Popsänger. Hier gibt es Szenen von hohem Rang, durch die der künstlerische Rang des Romans als Bild der Zeit aber im Reflex auch als Aussage des Individuums sich ausweist. Daneben steht das kleinkarierte Bürgertum, für das man bei Geburtstagen im Rundfunk dann die „Nordseewellen“ spielt.

Vorbilder in unserer Gesellschaft? Lenz beachtet die klassische Regel des Erzählers, nur das den Personen in den Mund zu legen, was ihnen gemäß sein kann. Wo Linie und Richtung, Maß und Konsensus sind — das zu überdenken überläßt er, weil er ehrlich ist, dem Leser. Aber weil es ihm um ein Resultat geht, schafft er zunächst reinen Tisch und klopft den Staub aller Ideologien, mit denen wir von links und rechts seit der Aufklärung beglückt wurden, ab als das, was er ist — nämlich Staub. Dann überläßt er es uns, weiterzudenken. Im Bilde sehr scharf und ironisch gesehener Einzelheiten, die jedoch aus mitfühlendem und mitdenkendem Engagement des Erzählers, der ja auch nur Zeitgenosse ist, mithin allein das Rezept nicht wissen kann, aber es verbindlich wünscht und erhofft, hält der Romancier uns den Spiegel vor. Mehr tut er nicht. Aber das ist viel, weil wir spüren, daß er an sich und uns eine Forderung stellt, nämlich den Willen zur Bewältigung der deutschen Gegenwart. Als der Vertreter des Schulbuchverlages Dunkhase Vorbilder, welche um jeden Preis handeln, verlangt, heißt es im Roman „Dunkhase gehört zu den Typen, die niemand überzeugen können, weil für sie jede andere Meinung eine verdächtige Autorität ist.“ Verhalten, aber unüberhörbar ist hier der Ruf nach einer Toleranz, die den unlösbaren Widerspruch zwischen Handeln und

Denken auflöst und uns zum wirklichen Miteinander verhelfen könnte.

Dr. Johannsen

*

WILLY-AUGUST LINNEMANN

Loggiveren

Verlag Gyldendal, Kopenhagen, 1973. 201 S.

Der sechste Band der Romanreihe „Visio regionis temporis nostri“ von W. A. Linnemann erschien im vergangenen Herbst unter dem Titel „Loggiveren“, d. h. Der Gesetzgeber. Die Hauptfigur, Justiz- und später Staatsminister Dr. jur. et polit. Eske Sunesen Schleswiger, entstammt der Familie Schleswiger und ist dem Leser, der die Geschichte der älteren Geschwister Schleswiger noch im Ohr und im Sinn hat, schnell vertraut. Die Kinder dieses Großbauerngeschlechts, das an der Flensburger Förde ansässig war und deren Väter das Leben an der Grenze auf ihre Art sehr wesentlich mitgeprägt hatten, sind nun der Reihe nach und jeder auf seinem Gebiet angetreten, um dem Raume und der Landschaft durch die eigene Lebensarbeit ihren Stempel aufzudrücken. Am nachhaltigsten tat dies der Fabrikant, der älteste Bruder der Reihe, der mit seinen industriellen Unternehmungen sehr gründlich dazu beitrug, nicht nur das Bild der Landschaft, sondern auch die Denkart der Menschen zu verändern. Dies tat dann auch der Bruder Architekt, und schließlich trug die Kaufhauschefin nicht wenig dazu bei, daß die Lebensweise der Menschen sich im industriellen Zeitalter ganz erheblich von der der Agrargesellschaft abhob. Nun der Gesetzgeber. Auf der Rangstufe steht er am höchsten. Er lebt teils in der Heimat, teils in seinem Sommerhaus an der

Nordsee, teils dienstlich in Kopenhagen. Er ist ein entschiedener Vertreter der Entwicklung der Grenzregion zu neuen Lebensformen, denen der Gedanke einer europäischen Arbeitsteilung zugrunde liegt. Als Justizminister verwendet er einen Computer, der so weit entwickelt wird, daß er selbst Gesetze machen kann: Gesetze, die das Leben der Bürger nach einem Höchstmaß von Perfektion regulieren.

An dieser Stelle nun wird aus dem Erzähler und realistischen Schilderer Linnemann, der in der Form der europäischen Prosaisten sein Handwerk meisterlich beherrscht, der Dichter, der sich als Zeitgenosse kritisch äußert, aber als Dichter unabdingbar Fragen stellt und Antworten erheischt. In fast E. Th. A. Hoffmannscher Manier führt er die Handlung zu Ende: Ganz undänisch skurril läßt er den Minister spurlos verschwinden. Warum? Weil dieser den Widerspruch zwischen Perfektion und wirklichem Leben nicht mehr erträgt. Hierbei läßt der Autor (fast möchte man sagen: glücklicherweise) keine Gelegenheit vorbeigehen, ohne nicht mehr oder weniger nach allen Seiten kleine Seitenhiebe zu verteilen, z. B. dem Minister, weil er mit seinen Kindern nicht fertig wurde, den Dichtern, die sich mehr um die Politik als um die Poesie kümmern, den Eheleuten, der „Gesellschaft“ schlechthin, weil sie den Schwund echter Autorität befördert — kurz Seitenhiebe der gelassenen Ironie, die nicht etwa als reaktionär verstanden werden dürfen, aber die auf die Urründe der Existenz Bezug nehmen, die nicht mehr auf die Zustände in unserer Grenzregion abzielen, sondern auf Tatbestände der menschlichen Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Daß der Minister verschwunden blieb — nicht dies war das Schreckliche, sondern dies: „Eine Person ohne Registriernummer existierte für die Administration ganz einfach nicht.

Aber nun existierte die Nummer ohne die dazugehörige Person, das war das Fatale; das war das unheimliche Problem, das selbst die Computer nicht lösen konnten.“ Und dieses Erlebnis der Person und der Unperson läßt den Dichter leitmotivisch seine in den vorhergehenden Romanen geschilderte Weltauffassung wieder vortragen: „Jeder Mensch hat seine Zeit, auch seine Mutter, auch er selbst hatte seine Zeit, eine Zeit des Hoffens und eine Zeit der Enttäuschung, eine Zeit der Freude und eine Zeit der Sorge, eine Zeit der Arbeit und eine Zeit des Resignierens, eine Zeit des Schaffens und eine Zeit des Wiederverrinnens.“

Resignation? Ja, aber eine tapfere, fast eine kantisch-fontanische.

Dr. Johannsen

WILLY-AUGUST LINNEMANN

Maadeholdets Ærbare Kunst

Tidlige Noveller og Skitser

Verlag Vinten, Kopenhagen 1973. 117 S.

In den vorliegenden kleineren Erzählungen und Skizzen, die alle aus der Anfangszeit Linnemanns stammen, erkennt man bereits die Grundzüge der späteren Arbeiten dieses Schriftstellers und Dichters: das Vermögen, die Natur zu empfinden, den Blick für das Wesentliche einer Figur, das Engagement an gesellschaftspolitischen Fragen und nicht zuletzt an den Problemen unserer Grenzregion. Eine kleine, willkommene Bereicherung für den Kenner des Gesamtwerkes.

Dr. Johannsen

*

ROAR-DYBDAL SKOVMAND ERIK VAGN-RASMUSSEN

Geschichte Dänemarks 1830— 1939

Die Auseinandersetzungen um nationale Einheit, demokratische Freiheit und soziale Gleichheit

Übersetzt von Olaf Klose

Karl Wachholtz Verlag, Neumünster
1973. 465 S.

In Politikens Forlag, Kopenhagen, erschien während des letzten Jahrzehnts unter der Redaktion von John Danstrup und Hai Koch ein vierzehnbändiges Werk über die Geschichte Dänemarks (Danmarks Historie, Bd. 1-14, mit Registerband). Ein solches Werk ist nicht nur eine verlegerische Tat, wenn man die schlichte und doch kostbare, reichbedingte Ausstattung zur Kenntnis nimmt, es ist auch ein kulturelles Ereignis, zeugt es doch von einer starken inneren Geschlossenheit, von einem starken Interesse einer Nation an der eigenen Geschichte, von der glückhaften Bemühung um die Erneuerung und Fortschreitung des Gefühls der nationalen Identität unseres Nachbarvolkes. Es ist hier nicht der Ort, zu dieser großen wissenschaftlichen Leistung Stellung zu nehmen — sie wurde als solche von der Fachkritik im eigenen Lande sehr anerkannt. Es ist hier auch nicht möglich, von der auch in diesem Falle hochentwickelten Fähigkeit dänischer Gelehrter, einen wissenschaftlich erarbeiteten Stoff in eine lebendige (keineswegs billige und effekthaschende) Form zu gießen, im einzelnen Zeugnis abzulegen. Man kann dazu nur sagen: Mit Euch, doctores, zu spazieren ist ehrenvoll und bringt Gewinn.

Aber es ist die sehr erfreuliche Tatsache zu vermeiden, daß der verdienstvolle frühere Leiter der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, Olaf Klose, drei dieser Bände (11-13) zu einem Band in deutscher

Übersetzung vereinigte. Dabei mußte er freilich Kürzungen vornehmen, die sicher vom einzelnen Verfasser bedauert werden mußten — wie es z. B. der Rezensent auch bedauert, um eine Einzelheit zu nennen, daß eine dieser Kürzungen auch Kierkegaard betraf. Aber einer solchen Maßnahme muß man Verständnis entgegenbringen; sie wird auch aufgewogen durch die Absicht der deutschen Publikation, die im deutschen Titel und vor allem im Untertitel sehr gut zum Ausdruck kommt: „Die Auseinandersetzungen um nationale Einheit, demokratische Freiheit und soziale Gleichheit“. Dieser Untertitel hält, was er verspricht, er gibt dem deutschen Leser ein eindrucksvolles Bild der eigentlichen Kräfte der dänischen Nation unserer Zeit. Und davon können wir lernen. Natürlich wäre es schön, wenn in einem solchen Fall der Anmerkungsapparat etwas fülliger hätte sein können, ist doch notwendigerweise mancher als bekannt vorausgesetzte Name und Sachverhalt dem deutschen Leser nicht so bekannt, wie zum vollen Verständnis nötig. Aber das ändert nichts daran, daß dieses Buch des „schleswig-holsteinischen Staatsverlages“, wie Poul Kürstein einmal gar nicht unrichtig — und er meinte es sehr anerkennend — den Wachholtz Verlag nannte, auch für uns ein Ereignis ist, für das wir Olaf Klose und dem Verlag sehr zu danken haben. Es befördert die Information, die wichtiger ist denn je.

Dr. Johannsen

*

FRIEDRICH JESSEN

Kirche im Grenzland

In „Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig“

1973, Heft 27

In der Geschichte unseres Grenzlandes nimmt die Kirchengeschichte einen bedeutenden Platz ein. Aus der Zeit der im 18. Jahrhundert vom deutschen Pietismus beeinflussten westschleswigschen Pastoren (Ewald, die Brüder Brorson u. a.), aus der Zeit der Ausbreitung Grundtvigscher Gedanken im religiösen Leben der Nordschleswiger und vor allem aus der Zeit der Einwirkung der Indre Mission Dänemarks auf Nordschleswig sind die Auswirkungen dieser religiösen und geistigen Ströme auf Nordschleswig bis in das gesamte kulturelle und politische Denken feststellbar. Insbesondere spielte die Bedeutung und Stellungnahme der Pastoren in der heißesten Zeit des Nationalitätenkampfes, also von 1864 bis 1920, eine große Rolle, die bis heute noch nicht voll ausgelotet sein dürfte. Ein wichtiger Teil einer Gesamtkirchengeschichte des Grenzlandes wäre die Darstellung der deutschen und dänischen Freigemeinden. Eine solche grundlegende Darstellung für die „Nordschleswigsche Gemeinde“ (gegründet 1923), also der deutschen nordschleswigschen Freigemeinde, liegt nunmehr aus der Feder von Pastor Friedrich Jessen vor. Sie ist um so mehr in diesem Augenblick zu begrüßen, als wir mit ihr zugleich einen Augenzeugenbericht erhalten, denn immerhin war Pastor Jessen fast die Hälfte der Zeit des Bestehens der Gemeinde als erster ihrer Pastoren in Tingleff in Nordschleswig tätig, also mit dem religiösen und volklichen Leben auf das engste verbunden.

Friedrich Jessen stützt sich auf Vorarbeiten seiner Amtsbrüder Horstmann und Raun und auf eigene Vorarbeit und hat unter Hinzuziehung anderer Quellen einen umfassenden Bericht über die äußere und innere Motivation eigenständigen

deutschen Kirchenlebens neben der dänischen Staatskirche, aber gelegentlich auch im nachbarlichen Miteinander mit ihr, gegeben. Dabei dürfte neben der Darstellung der geschichtlichen Tatsachen ebenso wichtig die Person des Autors sein, denn Friedrich Jessen schreibt nicht nur einen eigenen, sondern einen „nordschleswigschen“ Stil. Und trotz der Respekt verbreitenden Atmosphäre des Gegenstandes erfreut hier und da das kleine Augenzwinkern des klugen Pastors, der alle seine Pappenheimer kennt, die deutschen und die dänischen.

In dieser Frische und Prägnanz zugleich möchte ich den besonderen Wert der Arbeit Jessens erblicken. Alsdann aber muß man ihm dafür danken, daß wir nunmehr diese wichtige Phase in der Geschichte der deutschen Volksgruppe als Bericht erhalten haben. Man ersieht aus ihm die große Bedeutung der Kirchensprache in unserer Heimat, die manchmal schier unauflösbare Verwicklung religiöser und politischer Motive im Denken und Handeln der Grenzlandmenschen und erfährt aus der Geschichte und Gegenwart einiges von der starken Bedeutung der kirchlichen Bindung an die gemeinsame Kirche, deren ehrwürdiges Haus in den Dörfern und Städten ein Symbol der Bindung an die Väterart war und ist. Jessen belegt alles, was er sagt, durch gewichtige Zeugnisse, er trug eine Reihe von Fotos zusammen, die heute schon Seltenheitswert haben, und er hat einen Sinn für das richtige Zitat: „Das Evangelium ist nicht in dänischer oder deutscher, sondern in nordschleswigscher Tracht durchs Land gegangen (der Ausdruck stammt von Hans Tonnesen). Vom Norden trennte die Staatsgrenze, vom Süden die Sprachgrenze.“

Auf diesem Hintergründe beschreibt er dann die innere Notwendigkeit der Gründung einer deutschen Gemeinde in

Nordschleswig (nach 1920) in allen Einzelheiten und auf der Grundlage der dänischen kirchlichen Gesetzgebung. An einer Stelle zieht er Bilanz — eine Bilanz, mit der ich diese Rezension schließen möchte: „Wenn wir rückschauend feststellen können, daß durch die Gründung der Nordschleswigschen Gemeinde mehr Menschen unter Gottes Wort gekommen

sind, dann haben wir ein gutes Gewissen und freuen uns, daß wir nach 50 Jahren nicht ein politisches Gebilde vor uns haben, wie einige, auch Deutsche, befürchtet hatten, sondern eine Gemeinde, die an ihrem Teil zum Bau des Reiches Gottes in unserm Lande beiträgt.“

Dr. Johannsen